

Bezugspreis:

Für den Monat August 30.— M., voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Ost- und Westpreußen, sowie Österreich und Luxemburg 135.— M. für das übrige Ausland 172.— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Italien, Lituania, Lettland, Ostpreußen, Schweden, Estland, Lettland, Litauen und Ungarn.

Telegraphische Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Komparatagezeit kostet 25.— M. Kleinanzeigen 125.— M. „Kleinanzeigen“ das gesetzlich bestimmte Wort 7.— M. (täglich zwei gesetzlich bestimmte Worte), jedes weitere Wort 6.— M. Stellengeluche und Stellenanzeigen das erste Wort 4.— M., jedes weitere Wort 3.— M. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 10.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Fernsprecher: Dönhoff 292-295 und 2506-2507

Freitag, den 11. August 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Fernsprecher: Verlag, Hauptexpedition u. Auktorenbüro: Dönhoff 2506-2507

Kundgebung des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat zum Jahrestag der Verfassung nachstehende Kundgebung erlassen:

Vor drei Jahren, am 11. August, hat sich das deutsche Volk seine Verfassung gegeben, das Fundament seiner Zukunft. Diesen Tag wollen wir, trotz aller Not der Gegenwart, mit Freude und Hoffnung begehen. In ihm wollen wir unsere Liebe zum Vaterlande bekunden. Deutschland soll nicht zugrunde gehen! Das ist unser Schwur, solange wir atmen und arbeiten können.

Wir wollen keinen Bürgerkrieg, keine Trennung der Stämme. Wir wollen Recht. Die Verfassung hat uns nach schweren Kämpfen Recht gegeben. Wir wollen Frieden. Recht soll vor Gewalt gehen. Wir wollen Freiheit. Recht soll uns Freiheit bringen. Wir wollen Einigkeit. Recht soll uns einig zusammenhalten. So soll die Verfassung uns Einigkeit, Recht und Freiheit gewährleisten.

Einigkeit und Recht und Freiheit!

Dieser Dreifach aus dem Liede des Dichters gab in Zeiten innerer Zerspaltung und Unterdrückung der Sehnsucht aller Deutschen Ausdruck; er soll auch jetzt unseren harten Weg zu einer besseren Zukunft begleiten. Sein Lied, gesungen gegen Zwietracht und Willkür, soll nicht in Lybrauch finden im Parteikampf, es soll nicht der Kampfesang derer werden, gegen die es gerichtet war; es soll auch nicht dienen als Ausdruck nationalstiller Ueberhebung. Aber so, wie einst der Dichter, so lieben wir heute „Deutschland über Alles“. In Erfüllung seiner Sehnsucht soll unter dem schwarz-rotgoldenen Fahnen der Sang von Einigkeit und Recht und

Freiheit der festliche Ausdruck unserer vaterländischen Gefühle sein.

Auf viele Jahre noch werden für uns alle Festtage des Staates zugleich

Tage gemeinsamer Sorgen

sein. Unter den furchtbaren wirtschaftlichen Folgen der letzten Ereignisse leiden nicht nur unzählige Volksgenossen. Deutsches Wissen und deutsches Können, die Quellen unserer besten Kraft, sind schwer bedroht. Die Reichsregierung hat mir den Betrag von drei Millionen Mark für Zwecke der Wissenschaft, der Kunst und des Handwerks aus den Mitteln zur Verfügung gestellt, die der Reichstag zum Schutze der Republik bewilligt hat. Zur Hebung der Volksgesundheit durch Spiele im Freien wird eine weitere Million bereitgestellt. Aus der Geringsfügigkeit dieser Summen spricht die Not unseres Landes.

Schwere Stürme sind über die junge deutsche Republik in den letzten Wochen dahingegangen. Unsere Einigkeit, unser Recht, unsere Freiheit wurden bedroht. Sie werden noch weiter bedroht sein. Wir wollen nicht verzagen. In der Not des Tages wollen wir uns freudig der Ideale erinnern, für die wir leben und wirken. Der feste Glaube an Deutschlands Rettung und die Rettung der Welt soll uns nicht verlassen.

Es lebe die deutsche Republik! Es lebe das deutsche Vaterland! Es lebe das deutsche Volk!

Berlin, den 11. August 1922.

Ebert, Reichspräsident.

Verfassungstag.

Heute sind es drei Jahre, seit der Reichspräsident die Verfassung von Weimar, das Staatsgrundgesetz der Deutschen Republik, unterzeichnete. Diese drei Jahre, denen die neun Monate der Uebergangszeit zugerechnet sind — seit halb vier Jahren ist Deutschland Republik —, werden in der Weltgeschichte einen hohen Rang einnehmen. Wir stehen noch den Ereignissen zu nahe, sind zu sehr mit dem Elend unseres Alltags beschäftigt, um voll erfassen zu können, was es für unser Volk und für die ganze Menschheit bedeutet, daß Deutschland eine demokratische Republik geworden ist.

Die Gegner der Republik von rechts und links müssen sich heute zugestehen, daß sie in einer Täuschung befangen waren. Die Republik hat sich viel stärker gezeigt, als sie glaubten. Ihre Hoffnungen, demnächst ihre Erbschaft antreten zu können, sind mehr und mehr in Rebel zerfallen. Beiden fehlt ein klar umrissenes Programm. Weder die Anhänger der Monarchie, noch die der Rätehdiktatur vermögen zu sagen, wie sie sich die von ihnen angestrebte Staatsform vorstellen und wie sie zu ihr gelangen wollen. Sie hatten Hoffnungen aufeinander gesetzt: die Monarchisten auf die Kommunisten, daß diese ein Chaos entfesseln und damit den Rückweg zur Monarchie freimachen würden, die Kommunisten auf die Monarchisten, daß diese durch einen Stoß von rechts die Schaufel in Bewegung setzen und im Rückschlag ganz weit nach links schleudern würden — beide haben sich getäuscht. Sie haben nichts weiter erreicht, als daß die Kraft der Republik im Kampf gewachsen ist.

Eine gewaltige Mehrheit des Volkes hat erkannt, daß ein Leben ohne die demokratische Republik nicht möglich ist. Sie hat gewiß wenig, dessen sie sich freuen kann, aber sie weiß, daß der ihr das Letzte nimmt, der ihr die Republik nimmt. Denn diese ist die einzige jetzt noch denkbare Form staatlichen Zusammenlebens, zerbricht sie, dann ist Millionen das Los gewiss, in Bürgerkrieg und Anarchie zu verbluten und zu verhungern. Der Wille zum Leben ist gleich bedeutend geworden mit dem Willen zur Republik.

Die Republik verneinen, das heißt das Lebensrecht des Volkes verneinen, und darum ist es das sonderbarste Mißverständnis der Geschichte, daß sich die Gegner der Republik selber für national halten.

Das Leben des deutschen Volkes, das den größten aller Kriege verloren hat, ist schwer, aber auch das der Sieger ist alles andere als leicht. Die ganze Welt sieht heute an den blutigen, eiternden Wunden, die ihr der Weltkrieg geschlagen hat. Nur politischen Kindern kann man erzählen, daß es dem deutschen Volk heute besser gehen würde, wenn es die alte Staatsform behalten hätte oder zu ihr zurückkehrte. Daß uns die Monarchie in ihrer deutschen halbabsolutistischen Prägung in der Welt isolierte und uns dann in den Krieg hineinschickerte, war die Ursache unseres Unglücks. Die Republik hat, seit sie besteht, daran gearbeitet, die zerrissenen Fäden wieder anzuknüpfen und Deutschland Freunde zu schaffen, ohne die auch der Stärkste nicht bestehen kann. Kein Verzweiflungstreich, nur diese geduldige Arbeit kann mit der Zeit Besserung bringen.

Daß die Republik im Herzen des deutschen Volkes Wurzel faßt, obwohl sie weder mit gedeckten Tischen aufwarten, noch mit dem Glanz großer äußerer Erfolge locken kann, ist eine Tatsache, die unserem Volk Ehre macht und seinen nächsten politischen Sinn beweist. Von diesem berechtigten Lob dürfen sich die deutschen Arbeiter einen nicht geringen Teil zugute rechnen.

Es hat sich gezeigt, daß die deutschen Arbeiter nicht umsonst durch die Schule der Sozialdemokratischen Partei gegangen sind. Sie haben begriffen, daß man in der Politik eines nach dem anderen tun muß, und daß nur zähe, auf Jahre vorausschauende Arbeit Erfolge zeitigt. Nichts ist begreiflicher, als daß manche in der Verzweiflung der Stunde den Kopf verloren, nichts rühmlicher, als daß der klare Blick für das Notwendige und Unvermeidliche, so hart es auch sein mochte, immer wieder rasch die Oberhand gewann.

Ein demokratisches Staatswesen zu schaffen, das stark genug ist, sich nach außen gleiches Recht mit allen anderen zu erobern, und im Innern, gegen den Widerstand der Interessenten, soziale Maßnahmen zugunsten der wirtschaftlich Schwachen durchzuführen, das ist das Problem, vor das uns die Geschichte gestellt hat und das von den arbeitenden Massen mit täglich klarerem Blick erkannt wird.

Was die Monarchie weltpolitisch verspielt hat, kann die Republik nicht mit einem Schlage zurückgewinnen. Ein Staat, der tausend Jahre lang in träger Entwicklung den Charakter eines Kastensstaates nie verloren hatte, kann nicht von heute auf morgen durch und durch zur demokratischen Republik gemacht werden. Der Verlust an Gut und Blut, den das Volk in vierjährigem Völkerringen erlitten hat, läßt sich in dem gleichen Zeitraum eines zweifelhaften Friedens nicht wieder gutmachen. Das haben wir von vornherein gewußt. Aber während wir verwirrte Worthelden schwärzen ließen, haben

Die Londoner Krise.

Ueber das Ergebnis des englischen Minister-rats verlautet lediglich, daß das Kabinett einstimmig die von den englischen Vertretern auf der Konferenz eingenommene Haltung gebilligt hat.

Die offiziellen Meldungen über den französischen Ministerrat sind zweideutig, jedoch scheint man Poincaré einen gewissen Spielraum gegeben zu haben, der ein Kompromiß nicht ohne weiteres ausschließt. Reuter und Agence Havas stimmen darin überein, daß die Mehrheit der Konferenz Deutschland trotz des französischen Widerstandes ein Moratorium gewähren wird. Nach einer weiteren Meldung soll der Reparationskommission (in der bekanntlich eine feste Mehrheit für das Moratorium bereits vorhanden ist) gegebenenfalls eine diesbezügliche Mitteilung gemacht werden. Ueber das wichtigste, wie weit die Verhandlungen über die von Frankreich geforderten produktiven Pfänder gediehen sind, liegt keine Meldung vor. Wie es heißt, geben die von uns bereits gemeldeten Vermittlungsversuche des belgischen Ministerpräsidenten Theunis weiter. Wenn von französischer Seite gemeldet wird, England habe bereits der veränderten 26-Proz.-Ausfuhrabgabe und der Beschlagnahme der Zölle zugestimmt, so wird das englischerseits in Abrede gestellt. Die Situation ist also völlig ungeklärt und es wäre verfrüht, nach der einen oder anderen Seite hin Vermutungen auszusprechen.

London, 10. August. (Reuter.) Es ist wahrscheinlich, daß das Schriftstück, in dem der britische Standpunkt dargelegt wird, heute abend vorbereitet werden wird. Man glaube nicht, daß es neue englische Vorschläge enthalten werde, da die Stellung der britischen Regierung bereits klar genug umschrieben ist und nichts geschehen kann, bevor über die Vorschläge Poincarés von der Konferenz entschieden sein wird. Die Konferenz wird vermutlich morgen vormittag zusammentreten. Lloyd George hatte heute Unterredungen mit den Ministern Belgiens und Italiens. Heute abend wurde er vom König empfangen.

London, 10. August. (RFB.) „Evening Standard“ zufolge unternimmt Lloyd George angestrengte Versuche, um eine Regelung zustande zu bringen. Er blieb heute in enger Fühlung mit Poincaré und den Häuptern der übrigen Delegationen. Es wird erklärt, daß die Grundlage dieser Besprechungen der Plan sei, Deutschland ein zeitweiliges Moratorium zu gewähren, um über den 15. August, dem Zeitpunkt der nächsten Zahlung, hinweg zu kommen, und daß die Sachverständigen versuchen werden, einen Bericht in der Art des Berichtes der Reparationskommission zu verfassen. In einer neuen alliierten Konferenz, die gegen Ende dieses Monats oder Anfang September stattfinden soll, soll dieser Bericht unterbreitet werden. Wenn eine neue Konferenz beschlossen werden sollte, so werde sie wahrscheinlich außerhalb Englands stattfinden.

„Evening Standard“ zufolge ist die Meinungsverschiedenheit zwischen den Engländern und Franzosen am schärfsten gegenüber dem Vorschlag, eine Zolllinie um das Ruhrgebiet und ebenso eine Zolllinie östlich des besetzten Gebietes zu schaffen. Es gehe das Gerücht, daß Poincaré nicht wage, nach Paris zu gehen, ohne „die Ruhr in der Tasche“ zu haben.

Deutsch-amerikanisches Abkommen.

Gestern wurde zwischen dem Reichskanzler und dem amerikanischen Botschafter in Berlin ein Abkommen abgeschlossen, daß eine Ergänzung zu dem Berliner Vertrag zwischen Deutschland und Amerika vom 25. August v. J. darstellt. Es wird eine Kommission gebildet aus einem Deutschen, einem Amerikaner und einem Unparteiischen, den auf Wunsch der deutschen Regierung Amerika ernennen soll. Die Entscheidungen der Kommission sollen für beide Teile bindend sein. Die Kommission soll die Höhe der Ansprüche feststellen, die das Berliner Abkommen vom vorigen Jahr bezeichnet hat. Es handelt sich zunächst nur um die Höhe der Ansprüche und noch nicht um den Zahlungsmodus. Auch die Zahlungsmöglichkeit liegt zunächst noch im Dunkeln. Allein der freundschaftliche Ton der Noten zwischen Deutschland und Amerika, die im Zusammenhang für den Abschluß des Abkommens gewechselt wurden, berechtigt zu der Hoffnung einer erträglichen Lösung. Bedeutungsvoll ist, daß die amerikanische Regierung auf Erstattung der Militärpensionen keinen Anspruch erhebt. Wichtig ist auch, daß erst nach der zufriedenstellenden Regelung der Aufgabe des Abkommens die Freigabe des deutschen Vermögens in Amerika in Frage kommen kann.

Rheinischer Arbeiterprotest.

Ahn, 10. August. (RFB.) Vertreter der Sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften übergaben, wie die „Rheinische Zeitung“ meldet, der englischen Besatzungsbehörde ein Schreiben mit der dringenden Bitte, es an Lloyd George weiterzuleiten. In dem Schreiben heißt es: „Mit großer Beforgnis hat die sozialdemokratische Partei und die freigeordnete Arbeitnehmerschaft der Rheinlande von dem letzten französischen Plane vernommen. Wir erblicken in dem Vorgehen Frankreichs die Herausforderung des völligen Niedrdrucks der deutschen Wirtschaft. Ein solcher Zusammenbruch bedeutet aber auch das Ende der Reparationszahlungen, auf die das französische Volk Anspruch erhebt. Die Arbeiterschaft der Rheinlande befürchtet vor allem, daß die angeordneten Maßnahmen auf Absonderung der Rheinlande von der deutschen Republik hinauslaufen. Ein solches Beginnen würde auf den schärfsten Widerstand der Sozialdemokratie und der Arbeitnehmerschaft stoßen.“

Elsass und die Retorsionen.

Paris, 10. August. (RFB.) Der „Temps“ veröffentlicht die Antwort Poincarés auf den Brief, in dem die elsässischen Abgeordneten Fren, Walter und Müller Beschwerde wegen der Retorsionsmaßnahmen aus Anlaß der Ausgleichszahlungen geführt hatten. Poincaré gibt den Abgeordneten die Versicherung, daß die Regierung nur an Einzelausweisungen denke, und daß diese nur unzuverlässige Personen betreffe, deren Anwesenheit in Elsass-Lothringen bedauerliche Zwischenfälle hervorrufen könnte. Bei den Ausweisungen werden die Behörden vollkommen befragt sein, die wirtschaftlichen Interessen des Landes nicht zu schädigen.

wir an der Festigung, an dem Ausbau der Deutschen Republik gearbeitet, und darauf dürfen wir stolz sein.

In diesem Sinne begehen wir heute den Ehrentag der Republik. Es ist kein Tag ausgelassener Freude, sondern ein Tag der Sammlung und der Selbstbesinnung. Schweres liegt nicht nur hinter uns, sondern, wir wissen es wohl, auch vor uns. Wir wollen uns wappnen für Raub und Kampf, wir wollen uns die Hände reichen zu dem Gelübnis, daß die Deutsche Republik nicht untergehen darf.

Frankreich nimmt für sich den Ruhm in Anspruch, als erster großer Staat Europas den Übergang zur Republik vollzogen zu haben. Aber die dritte französische Republik, die jetzt besteht, ist auch, wie die deutsche, aus einer militärischen Niederlage entstanden. Wir betauern es im Interesse der ganzen Menschheit, daß die Stimmen aus Frankreich, die für das Gemeininteresse der europäischen Demokratie Verständnis werden, fast stumm geworden sind oder wenigstens nicht durchdringen können. So müssen wir es als Deutsche immer wieder sagen: Frankreich löst seine Verdienste am politischen Fortschritt der Welt aus, wenn es darauf besteht, das republikanische Deutschland in Ketten hinter dem Siegeswagen herzuschleppen. Nicht die deutschen Monarchisten, die französischen Imperialisten sind die gefährlichsten Feinde des republikanischen Gedankens.

Die Deutsche Republik würde sich selbst aufgeben, wollte sie darauf verzichten, für das Recht ihres Volkes auch nach außen einzutreten.

Und nicht minder würde sie sich selbst aufgeben, würde sie ihre Aufgabe, alle im Reichsverband verbliebenen Länder und Stämme einheitlich zu umfassen, jemals im Stich lassen. Vergessen wir nicht, daß die deutsche Arbeiterklasse den Mut zum Kampf für eine gerechtere Gesellschaftsordnung überhaupt erst dann fand, als das Elend der deutschen Zersplitterung überwunden war. Dahin dürfen wir niemals wieder zurück!

Nur wenn die Deutsche Republik sich die Gleichberechtigung unter den Staaten der Welt zurückgewinnt, wenn sie ihre innere Einheit erhält und festigt, kann sie die Kraft erwerben, die sie braucht, um zur Lösung der brennenden sozialen Fragen, die allen Völkern gemeinsam sind, Entscheidendes beizutragen.

Treu unseren großen Zielen, deren wir keines aufgeben, begehen wir so das Fest der Republik als ein Fest unseres unerschütterlichen Glaubens an die Zukunft. Noch liegt Graus und Grauen über der Erde, aber wir leben dem kommenden Tag und wir grüßen seine ersten Strahlen, indem wir ins Land hinausrufen:

Es lebe die Republik!

### Anklage gegen die KPD.

Eine gewerkschaftliche Denkschrift.

Soeben ist im Verlag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine „Denkschrift über die Verhandlungen der Gewerkschaften mit den Arbeiterparteien über den Schutz der Republik“ erschienen, die in chronologischer Folge die Einzelheiten jener Verhandlungen in den erregten Tagen nach dem Rathenau-Mord wiedergibt. Sie trägt den Titel: „Ist eine Einheitsfront mit den Kommunisten möglich?“ und bildet eine einzige Anklage gegen die kommunistische Partei, die in allen Tagen besteht, die die Einheitsfront der Arbeiter zugunsten kommunistischer Parteinteressen zu zerstören. Aus der Zusammenstellung der Vorgänge zeigt die Denkschrift dieses Fazit:

Die Kommunisten haben damit wieder den Beweis geliefert, daß mit ihnen keine Massenbewegung zu halten ist. Das ist bedauerlich. Es hat aber die eine gute Seite, daß auch denen, die der Meinung waren, daß wenigstens unter gewissen Voraussetzungen mit den Kommunisten gemeinsam gearbeitet werden könne, die Augen geöffnet worden sind. Nicht einmal in dieser für das deutsche Volk so außerordentlich kritischen Zeit haben die Kommunisten vermocht, eine einheitliche Linie mit den anderen Arbeiter-

parteien und den Gewerkschaften einzuhalten. Nur eines entschuldigt die Führer der deutschen Kommunisten: Sie dürfen keine eigene Meinung haben. Auch jetzt haben sie den Befehlen zu folgen, die ihnen das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale in Moskau gibt. Wie diese denkt, das ist zum Ausdruck gekommen in einem Aufruf, den am 11. Juli 1922 die „Rote Fahne“ veröffentlicht hat und der, das Datum vom 8. Juli 1922 trägt.

Der Aufruf läßt ganz unzweideutig erkennen, welchen Anweisungen die Kommunisten gefolgt sind, als sie ihren Bundesgenossen durch ihre verbrecherische Taktik in den Rücken fielen und die Einheitsfront zerrissen. Sie haben die Anweisungen befolgt, die ihnen von Moskau aus gegeben worden sind. Voraussetzung der Bündnisfähigkeit ist immer, daß der Bundesgenosse unbeeinträchtigt von außen vertreten darf, was er mit vereinst hat. Die deutschen Kommunisten dürfen auch das nicht. Ein Bündnis mit ihnen ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Die stärkste Stütze der republikanischen Staatsform ist die organisierte Arbeiterklasse. Das hat der Rathenau-Mord mit seinen Folgeerscheinungen aufs neue unterstrichen. Die Kommunisten aber, die auch in diesen kritischen Tagen dem organisierten Aufmarsch der Arbeiter in den Rücken fielen, haben damit wieder bewiesen, daß ihnen parteipolitische Sektiererei höher steht als die Verteidigung gemeinsamer Ideale. Ihren ganzen Einfluß zum Schutze der Republik und der republikanischen Verfassung kann aber die Arbeiterklasse erst einsetzen, wenn sie sich endgültig selbst befreit von den kommunistischen Quertreibern und Rindstößen. Die Denkschrift des ADGB liefert ihr zur Förderung dieses Reinigungsprozesses wertvolles Material.

### Schule und Republik.

Der Reichsminister des Innern veröffentlicht jetzt die von der Konferenz der Kultusminister am 19. Juli einstimmig angenommenen Richtlinien für die Mitwirkung der Schulen und Hochschulen zum Schutze der Republik. Von den Aufgaben, die den Unterrichtsverwaltungen auf dem Gebiete der staatsbürgerlichen Erziehung erwachsen, wird u. a. gefordert, daß es notwendig ist, Geschichtsbücher zu schaffen, in denen mit amtlicher Unterstützung unter strenger Wahrung der geschichtlichen Wahrheiten diejenigen Tatsachen und Zusammenhänge zusammengetragen werden, die geeignet sind, das selbständige Verantwortungsbewußtsein des republikanischen Bürgers in seiner Stellung zu Staat und Gesellschaft zu wecken und zu erziehen. Die Schulbücher sollen unter diesen Gesichtspunkten einer Prüfung unterzogen und in den Schulen der staatsbürgerliche Unterricht nach Art. 148 der Reichsverfassung lehrplanmäßig eingeführt werden. Unter Mitwirkung der Unterrichtsverwaltungen sind brauchbare Lehrbücher zu schaffen. Die Lehrpläne aller Schulgattungen sind den neuen Aufgaben staatsbürgerlicher Erziehung anzupassen und methodisch auf die Grundzüge der Gemeinschaftsbildung durch das Arbeitsprinzip zu stellen. Bei der Ausbildung der Lehrer ist den stofflichen methodischen Aufgaben der staatsbürgerlichen Erziehung durch Umgestaltung der Lehrpläne der Lehrerbildungsanstalten ausreichend Raum zu geben. An den Hochschulen und zur Fortbildung der im Amte stehenden Lehrer sind die notwendigen Einrichtungen für die staatsbürgerliche Durchbildung zu schaffen. Beim Reichsministerium des Innern wird ein Ausschuss aus Vertretern der Landes Schulbehörden, Historikern, Staatsrechtslehrern und Pädagogen gebildet, der bei der Umgestaltung und Neuschaffung von Lehrbüchern bei der Einrichtung von Kursen unterrichtend, beratend und anregend mitwirkt.

Im zweiten Teil der Richtlinien wird gefordert, daß die Durchführung dieser Maßnahmen einen Lehrkörper besonders an den Hochschulen voraussetzt, der sich seiner verantwortungsvollen Aufgabe eines Jugendberaters und der Pflichten eines republikanischen Beamten im gleichen Maße bewußt ist. Es genügt nicht, daß der Lehrer in seiner amtlichen Tätigkeit jede Herabsetzung der geltenden Staatsform oder der verfassungsmäßigen Regierungen verurteilt, sondern er hat die Jugend für die Mitarbeit am Volksstaat heranzubilden, sie zur Mitverantwortung für das Wohl des Staates zu erziehen, Staatsgesinnung zu wecken und zu pflegen. Ferner wird die Notwendigkeit betont, daß die Schüler von Vereinigungen ausgeschlossen bleiben, deren Absichten den staatsbürger-

gerischen Aufgaben der Schule zuwiderlaufen. Auch das Weußere der Schule, der Wandschmuck der Klassenzimmer und die Gestaltung der Schulfeiern hat den Anforderungen des neuen Staates Rechnung zu tragen.

Zum Schluß wird auf die nachhaltige Unterstützung der Finanzverwaltungen hingewiesen, die notwendig ist, um auch in wirtschaftlicher Hinsicht diese wichtigen Aufgaben zu erfüllen.

Eine im Sinne dieser Richtlinien gelegene Rundverfügung des preussischen Kultusministers ist schon vor einigen Tagen veröffentlicht worden.

### Entwertete Gehälter.

Der seit dem Rathenau-Mord erfolgte ungewöhnliche große Marktfurz hat gleich den Löhnen auch die Beamtengehälter zu einem guten Teil entwertet. Die Spitzenverbände nahmen daher gestern abend zu dieser Sachlage Stellung, um sich über gemeinsame Vorschläge zu einigen zur Erhöhung der Zulagen für August.

Das Verkehrsministerium beabsichtigt die Einführung von Dienstprämien für erhöhte Dienstleistungen. Darüber wurden bereits Besprechungen mit den Gewerkschaften unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors abgehalten, die jedoch wenig Neigung der Gewerkschaften für diesen Plan erkennen ließen. Bei dieser Gelegenheit wurde auf die finanzielle Verlegenheit hingewiesen, in die die Beamten geraten sind. Zunächst soll eine allgemeine Verbesserung der Einkommensverhältnisse erfolgen, dann soll über neue Vorschläge zur Einführung eines Prämien Systems weiter verhandelt werden.

### Verfahren gegen die Rathenau-Mörder.

In der Rathenau-Mordsache sollte, wie berichtet, die Voruntersuchung in diesen Tagen von dem besonders beauftragten Untersuchungsrichter Landgerichtsdirektor Dr. Alken geschlossen werden. Es ist jedoch im letzten Augenblick noch eine Verzögerung des Abschlusses des Vorerfahrens eingetreten. Der Kapitänleutnant Dietrich, der auch in die Mordaffäre verwickelt ist und vor kurzem in Erfurt in Haft genommen wurde, ist erst vor wenigen Tagen in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Da die Voruntersuchung auch auf ihn ausgedehnt werden ist, sind weitere Vernehmungen erforderlich gewesen, weshalb der Abschluß der Voruntersuchung sich noch einige Tage hinauszog.

Uebrigens bestritt der in der Sache verwickelte Boff, der die Garage für die Unterbringung des Wadobauts besorgt hat und der nach den Ermittlungen der Polizei eingeschriebenes Mitglied der kommunistischen Partei sein soll, von dem ganzen Mordplan und der Bestimmung des unterzubringenden Autos etwas gewußt zu haben. Ichow behauptet, daß er nur auf Befehl und nach seiner späteren Weigerung gezwungenermaßen das Wadobaut geführt habe. Die beiden anderen Mörder sind tot, der letzte möchte sich begreiflicherweise herauswindeln.

### Der Wechsel in den Regierungspräsidenten.

Wegen die vom Staatsministerium in Aussicht genommene Berufung des dem Zentrum nahestehenden Landrats Rombach in Düren zum Regierungspräsidenten in Münster an Stelle des in den einseitigen Ruhestand versetzten Grafen v. Werfelst hat der westfälische Provinzialausschuß gemäß Artikel 86 der Verfassung Einspruch erhoben. Der Einspruch erfolgte einstimmig hauptsächlich deshalb, weil man in Westfalen geeignete Regierungspräsidenten aus dem eigenen Bezirk zu haben glaubt und sie nicht aus dem Rheinland zu nehmen wünscht. Die Ernennung Rombachs wird daher nicht erfolgen.

Auch in den anderen Personalfragen, die durch den Einspruch der Provinziallandtage offen geblieben sind, wird die Entscheidung erst in der zweiten Hälfte des September gefällt werden, wenn der Minister des Innern von seinem Urlaub zurückgekehrt ist. Hingegen ist in Briesburg, wo die politischen Verhältnisse einen Aufschub nicht zulassen, Landrat Bergemann in das Amt des Regierungspräsidenten eingeführt worden, ohne die Entscheidung des Provinzialausschusses abzuwarten. Es war in diesem Falle allerdings mit Sicherheit anzunehmen, daß der Provinzialausschuß keinen Einspruch erheben würde.

### Junge Republik!

Von Arthur Zidler.

Wenn man sich hinsetzt, um der jungen deutschen Republik zu ihrem Geburtstag etwas zu sagen, das vom christlichen Herzen kommt, dann wird es schwer, den süßlichen Gratulantenrost zu mahnen. Es ist schwer und ätzend an Vöge, diesem aus Not und Elend in eine verzweifelte Zeit hineingeborenen Geschöpfe zu sagen: „Du siehst gut aus! Rein, eine Vöge wäre es nicht, aber beißende Ironie. Die aber wollen wir nicht, so gut sie sonst ist und zur politischen Sache gehört; denn wenn uns in der allgemeinen Stimmung des Malochumors etwas ernst, bitter ernst ist, arme junge deutsche Republik, so ist es die Liebe zu dir! Wir müssen dich ja lieben, über alles lieben, wenn wir uns nur eine Sekunde darüber klar werden, was du deinem Volke gekostet hast, wie lange unsere beste Kraft im grausamen Wahnsinn der alten Welt verbrennen mußte, ehe vor uns dein verheißungsvolles Licht stand, Republik! Du bist das einzige, was uns froh macht, das einzige, was uns geliebt ist und was wir nicht verlieren dürfen, soll nicht alles, was wir gelitten haben und noch leiden, umsonst gewesen sein und nutzlos verloren werden. Wie liebt dich, wie du bist, gerade um deines Leibes und deiner Ohnmacht willen, trotz aller Schmähungen, die du nicht verdienst; denn in dir leuchtet die Idee hellen, was du einmal ein wirst: gültige und gerechte Mutter deines Volkes, Erleiderin aus der Würdehaftigkeit der Unterthanen, Bollstreckerin des Willens deiner freien Söhne.

Dummheit und Rachsucht rennen gegen dich an, viele haben dich verflucht, noch viele werden sich von deiner schmerzvollen Gestalt abwenden, die dich anders, kleiner und „ergiebiger“ gewollt haben — aber untergehen wirst du nicht, solange dein „ärmster Sohn auch dein getreuester“ ist — und er wird es bleiben, er, der arme und eheliche Deutsche, der ein harter und freier Mann sein will und werden wird, durch dich und mit dir.

Entscheidend ist nicht was gestern und heute war, weder deine Dürftigkeit noch deine Unzulänglichkeit, weder deine Verlassenheit noch deine Not, weder der Frevel, der an die verübt wird, noch der Haß, mit dem dich die Trostnechte des Alten überhäuteten, selbst die Bitterkeit nicht, die viele deiner Getreuen manchmal überkommt: entscheidend ist deine geschichtliche Notwendigkeit, entscheidend ist, daß du im Blute der Millionen als Schicksal und als Zukunft lebst, daß nichts anderes möglich ist außer die. Auf die, welche dich schelten, weil du arm und in Wägen bist, kommt es nicht an, so wenig wie auf den Zulauf derselben, wenn du einmal in Schönheit und Kraft erblüht bist. Es kommt auf die an, die eine eheliche Arbeitshand haben, ein gerechtes und zukunftsvolles Herz, einen klaren Verstand und einen tapferen Willen — und die sind und bleiben bei dir, trotz alledem und alledem und gerade deswegen. Prüfung ist alles, was wir durchstoßen müssen, Trüben und Väterung, und vor das Glück deines Bestandes, junge Republik, haben die Götter, wie vor alles Große, Blut und Schweiß gesetzt. Du bist nicht gekommen, um des Bürgers Bequemlichkeit zu erhalten, um Eisbeine, Stacheln und Konjunkturen zu verschonen, bist nicht da, um das Alte zu rekonstruieren — ah, dein Sinn ist größer und weiter, als der, Steinwurf unserer kühnsten

Gedanken zu erreichen vermag, du bist der große Anfang dessen, was wir die letzte Gerechtigkeit nennen. Diesem Willen ist das jüngste Volk verschoren und darum gelobt es dir, arme junge deutsche Republik, was auch kommen mag, an deinem Geburtstag Treue bis zum letzten Atemzug!

### Das Deutschlandlied.

Durch die Kundgebung des Reichspräsidenten wird das Lied „Deutschland, Deutschland über Alles“ wieder in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt.

Dieses hat man vergessen, wer der Dichter dieses Liedes war und was er dem deutschen Volke als geistiger Vorkämpfer für ein freies und glückliches Deutschland gegeben hat. Hoffmann v. Fallersleben, der Vorkämpfer, wurde wegen seiner Gedichte vom preussischen Staatsministerium ohne Pension seiner Professur entzogen und seine Gedichte, darunter gerade das Deutschlandlied, verboten. Er war ein erbitterter Feind des Königs von Preußen und richtete in seinen Lieberns scharfe Angriffe gegen ihn, Worte gegen Verfassungsbruch und Militarismus. Hoffmanns „Deutschland, Deutschland über Alles“ war keine abendliche Annäherung, keine Sucht nach Welteneroberungen durch den preussischen Kommissar, wie es der Durchschnittsdeutsche des Bürgerturns in den Zeiten des Wilhelmismus mißdeutete, sondern der sichtbar, aus reinem Herzen kommende Gedanke, daß über die Grenzen der Kleinkraaten hinaus Wilddeutschland sich einen müsse. Und diese Einigung konnte nur lohnreich sein, wenn sie sich aufbaute auf den Grundstein des Rechtes und der Freiheit, die „des Glattes Unterpfeiler“ darstellen.

Aber gerade die Kreise, die den Ideen eines Hoffmann von Fallersleben und seiner Gesinnungsgenossen immer feindselig gegenüberstanden hatten, wagten es, auf das Deutschlandlied des Freiheitkämpfers Beschlag zu legen. Ausgerechnet der Teil des Volkes, dem nicht Einigkeit, sondern bunlichediger Fürstentums, nicht Recht, sondern Bevorzugung von Klassen und Kasten, nicht Freiheit, sondern Kasernenhaftigkeit und Unterwürfigkeit Ziel und Zweck ihres Wirkens im Staate waren, sang jetzt am lautesten von „Einigkeit und Recht und Freiheit“, am lautesten, aber nicht am lautesten! Und ein heiliger Sang ward gekündet.

Und auch im Zustand der deutsche Roms unter dem Mißbrauch des Deutschlandliedes durch Leute, für die es wahrlich nicht gedichtet war. Das „Deutschland, Deutschland über Alles“ wurde gebildet als eine militärische Annäherung, die daraus ausging, durch Schlachtenwege die Welt zu erobern, als Ausdruck jenes dramatischen Aufbegehrens, das durch seine wüste Asilation dem Ausland noch für die Schuldformeln des Friedensvertrags die Bormände gegeben hat, und das später durch den Wahnsinn der Kriegspolitik die Hauptschuld an dem Zusammenbruch vom August 1918 trägt. Das Deutschlandlied wirkt aus dem Munde der Noche- und Walle-Länger, der Wannen um Glas und Resonanz ausgelassen und frech. In diese Reihen, die den deutschen Namen in der ganzen Welt in Anechre brachten und den Franzosen vom „Bode“, den

Engländer von den „Humen“ reden ließen, hat Hoffmann von Fallersleben sein Lied mitnichten geschrieben!

Gegen wir es darum mit aller Deutlichkeit: Die Annexion des Hoffmannschen Liedes durch des toten Dichters ärgste Feinde, die ihn zum Hühnling machten und von Land zu Land, von Stadt zu Stadt jagten, ist ein frecher und unerträglicher Diebstahl, ist eine Schändung am Andenken eines guten und ehelichen Republikaners. Und wenn die Vererber von Einigkeit und Recht und Freiheit, die endlich durch den Novembersturm ein wenig aus ihrer Sonderstellung entfernt sind, das Deutschlandlied singen, Zug um Zug mit dem Sang, den wir ihnen gern überlassen, mit dem „Heil Dir im Siegerkranz“, — dann spotten sie ihrer selbst und wissen nicht viel!

Wir wollen hoffen, daß die Kundgebung des Reichspräsidenten dazu beiträgt, der deutschen Reaktion ein schmachlich gestohlenen Gut zu entreißen und das Freiheitslied des Vorkämpfers von 1848 aus dem Sumpf alldutschen Kommerzgegrüß in die reine Luft einer republikanischen Volkshymne zu erheben.

Zum 200. Geburtsfest Kants, der in das Jahr 1724 fällt, werden jetzt schon umfassende Vorbereitungen getroffen. Die Stadt Königsberg, die Geburtsstadt des Philosophen, will den Streit über die Grabstätte Kants endgültig beilegen. Die Gebeine sollen an ihrem gegenwärtigen Ort verbleiben. Die bauwürdige Kapelle an der Außenwand des Hofes wird durch einen Bau ersetzt, der für die Dauer befriedigen soll. Zu diesem Zweck wird die Stadt ein Preisanschreiben anrufen, an dem sich alle Architekten Deutschlands beteiligen können. In der alten Universität, nahe bei der Grabstätte Kants, wird die Stadt Königsberg ein Kant-Zimmer mit Kant-Reliquien einrichten. Die Beilegung der Unversität wird vornehmlich wissenschaftlicher Natur sein. Die Ortsgruppe Königsberg der Kant-Gesellschaft wird zum Geburtsfest mit einer Zusammenstellung von Bildnissen Kants an die Öffentlichkeit treten. In erster Linie sollen Originalbildnisse gesammelt und in künstlerisch einwandfreier Weise reproduziert werden.

Hebung gekunkener Schiffe. Auf der Werft der Norddeutschen Unionwerke in Hamburg ist am 1. August ein neuer Bergungsleichter von Stapel gelassen worden. Es handelt sich um ein bedeutendes Versuchsschiff von etwa 1000 Tonnen Verdrängung. Mittels dieser Bergungsleichter hofft man die Hebung gekunkener Fahrzeuge, die durch die hohen Preise für alles Schiffbaumaterial außerordentlich wichtig geworden ist, mit weit größeren Erfolgen als bisher durchführen zu können. Die neuen Bergungsleichter bestehen bei ganz besonders kräftiger Bauart lediglich aus ungeheuren Tanks, die mit sehr starken Pumpen und Hilfsmaschinen ausgerüstet sind. Geunkene Schiffe werden zwischen zwei solchen Bergungsleichtern befestigt, nachdem die Leichter durch Vollauffüllen aller Tanks fast ganz versenkt sind. Danach arbeiten die Pumpen und entleeren sämtliche Tanks in knapp einer Stunde, so daß mit einer Kraft von fast 2000 Tonnen das gesunkene Schiff angehoben wird. Dieser Vorgang wird solange wiederholt, bis das gesunkene Schiff genügend abgedichtet und leer gepumpt ist. Man hofft mittels der neuen Leichtertypen Werke von mehreren Milliarden, namentlich die in der Nähe von Küsten versenkten Schiffe zu retten.

Zum Verfassungstage.

Von Minna Lodenhagen.

Gedenktage soll man nicht feiern. Man muß sie denkend erleben. Das Werk von Weimar soll uns am dritten Jahrestage erneut ein Erlebnis sein.

Seine Entstehungsgeschichte war ein Kämpfen der verschiedensten Geistesrichtungen innerhalb unseres Volkes. Es trägt deutlich die Spuren dieses Kampfes. Die Verfassung ist eine Sammlung von Zugleichbestimmungen zwischen diesen verschiedenen Geistesrichtungen um die Gestaltung eines neuen Staatswesens. Sie schließt aber den Kampf nicht an einem toten Punkt ab, gewährt ihm vielmehr volle Handlungsfreiheit auf dem Boden von Recht und Sitte. Wer auf diesem Kulturfeld sich behaupten wird, dem gehört die Zukunft.

Was die Verfassung der Gegenwart in unserem Sinne schuldig geblieben ist, müssen wir auf ihrem Boden für die Zukunft erkämpfen. Es ist kein Zufall, daß ihre gewaltsamsten Gegner unsere unmittelbaren Widersacher im Klassenkampf sind. Sie wissen, daß sie uns die Zukunft offen läßt.

Jedoch nicht alle unsere Gegner im Klassenkampf sind Gegner der Verfassung. Die Mittelparteien bekennen sich zu ihr, zum Teil aus rein weltpolitischer Ideologie heraus, zu einem kleinen Teil vielleicht auch mit dem Gedanken im Unterbewußtsein, alte Zustände auch über den rein zweckmäßigen Weg von heute zurückzugewinnen zu können.

Die Sozialdemokratie aber kämpft um die Herrschaft des im freien Volksstaat organisierten Volkswillens über die Wirtschaft, um die Erneuerung der Gesellschaft im Geiste sozialistischen Gemeinns. (Hörsiger Parteiprogramm I. Teil.) Die Weimarer Verfassung gibt der Arbeiterschaft das Recht, an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken (Art. 165).

Durch die Gesetze des alten Klassenstaates zog sich wie ein roter Faden der Grundhof, die besitzenden Klassen gegenüber den besitzlosen zu schützen, von den Grundrechten der Verfassung bis zu den Paragraphen des Bürgerliche Gesetzbuches.

Die auf der neuen Grundlage geschaffenen Gesetze führen uns noch nicht unmittelbar zum Ziel (z. B. Betriebsrätegesetz). Gesetze können einen neuen Gesellschaftszustand allein nicht herbeiführen. Die Geschichte unserer Partei, besonders aus der Zeit des Sozialistengesetzes, lehrt uns aber, wie schwer sie die Herbeiführung h e m e n können. Sowohl solche Hemmungen beseitigt sind durch Gewährung der vollen staatsbürgerlichen Rechte, der vollen Koalitionsfreiheit usw., ist es Sache der Arbeiterschaft, den von ihr erstrebten Gesellschaftszustand aus sich selbst heraus zu entwickeln. Eine Bewegung, die auf dem Boden der Entwicklungslehre steht, ist zeitlich begrenzt. Wer einer solchen Bewegung angehört, muß über Tagespläne hinaus in die Zukunft streben können. Auch im kleinsten Kreise muß sich die Willensrichtung auf ein großes Ziel zeigen. Der Herrschwille des Volkes über die Wirtschaft ist die Willensrichtung nach einer neuen Kultur, der „Arbeitskultur der Volksgemeinschaft. Diese Arbeitskultur muß sich aus unserer Bewegung heraus auf das werktätige, häusliche und öffentliche Leben übertragen.

Die Gemeinschaftsinteressen des werktätigen Lebens erschöpfen sich nicht im Lohnkampf. Trotz der harten Tagesfragen müssen Betriebsrechte und Gewerkschaften zu allen Interessen der Arbeiterschaft an der Entwicklung der gesamten Produktion umfassenden Einrichtungen werden.

Damit zusammen hängt die Pflege aller sonstigen Kulturerrungenschaften. Sozialismus ist nicht nur eine Macht — sondern vor allem eine Wissens- und Könnensfrage. Noch sind nicht alle Quellen des Wissens, die der Menschheit fließen, der Arbeiterschaft zugänglich. Der Kampf auf diesem Gebiete wird durch mancherlei

Gefühlshemmungen gefördert. Sofern sie auf religiösem Gebiete liegen, haben wir es mit einer in dem Kirchenwesen wohlorganisierten Gegnerschaft zu tun. Ihre Machtposition war im alten Staatswesen fest verankert. Es kann nicht oft genug gesagt werden: nicht gegen die Kirche als Religionsgemeinschaft, sondern als Staatsstütze geht unser Kampf. Die Verfassung hat die Bahn zur Loslösung vom Staat frei gemacht. Nun kann ihren Lehren ungehemmt die reine Überzeugung, ihrer Kriegsbildung unsere Friedenslust durch unsere Wirksamkeit für den Bestand der Republik und ihre Förderung gegenüberstehen. Die alten Gesellschaftsformen wickeln sich trotz der vielfachen Bemühungen gerade der Kirche

Jugend heraus!

Verfassungsfeier der republikanisch. Jugend

am Freitag, den 11. August 1922, abends 7 Uhr im Saalbau Friedrichshain (am Königstor)

Redner: Frau Böhm-Schuch und Lohndahl-Hamburg. Anschließend Fackelzug zum Staatstheater.

Verein Arbeiterjugend Groß-Berlin. Jugendsekretariat, SW 68, Lindenstr. 3.

um ihre Erhaltung immer mehr ab. Das gilt insbesondere auch von der Familie in ihrer heutigen Form.

Daß die durch den Weltkrieg eingetretenen Verhältnisse, insbesondere die Verringerung der Ehemöglichkeit, für unsere Kultur eine Gefahr bedeuten, kann kein ernsthafter Mensch übersehen. Hier müssen neue, höhere, den Wirtschaft- und Kulturverhältnissen wahrhaft entsprechende Formen gefunden werden. Wenn die Frau mit ihrem tiefsten Sein in der Familie wurzelt, mühte sie um deswillen am Gemeinschaftsleben teilnehmen. Ihre Familie ist ein Stück der Gemeinschaft, mit der sie steht und fällt. Hier steht nicht nur wirtschaftliche, sondern auch innere Gebundenheit im Wege. Die Kämpfe, die sich um die das engste Gemeinschaftsleben betreffenden Artikel der Verfassung abspielten und die sich um die Ritterschaftsfrage als Disziplinarfall im Reichstag wiederholten, reden eine kistraurige Sprache. Ungeschriebene Gesetze haben hier geschriebene Grundrechte auf den Kopf gestellt.

Die geschriebenen Grundrechte geben uns die Freiheit des Handelns, die nur eine Gebundenheit kennt: die Verantwortlichkeit gegenüber sich selbst und der Gemeinschaft. Sie zu leben verstehen, das ist unsere Sache.

Der 11. August.

Der 11. August ist noch kein gesetzlicher Feiertag. Er soll erst ein Feiertag werden. Er wird es erst werden, wenn wir in unserer Lebenshaltung nicht mehr von den Saluto- und anderen Lasten bedrängt sind, wenn wir uns unserer republikanischen Errungenschaften bewußt werden und uns ihrer mehr erfreuen können. Noch ist es nicht so weit, noch muß gesagt werden, welche Bedeutung dem heutigen Tag zukommt. Dazu wurde gestern ein gelungener Versuch gemacht. Man schreibt uns:

An der Haltestelle der Straßenbahn warteten wir auf unsere Linie. Plötzlich fährt ein Auto in gemächlichem Tempo vorüber, das auf beiden Seiten große Fahnen in den Farben der Republik zeigt. Bevor wir uns noch recht klar werden können, welcher Art diese Fahrt und wohin sie gehen soll, kattern aus dem Wageninnern ungezählte Handzettel heraus. Sehr sind wir im Bilde: am Freitag ist ja Verfassungsfeier! Jeder jagt und bückt sich, um einen der Zettel zu erschaffen. Sein Inhalt wendet sich an die

Republikaner Berlins. Er erinnert sie an den 11. August und lobt zu einer Feier im Rahmen eines republikanischen Abendmeetings, das heute abend um 8 1/2 Uhr im Lustgarten beim Alten Museum und am Dom stattfinden soll, ein. Zehn Redner sind angekündigt, Blaskonzert, Rezitationen und ein Fackelzug zum Staatstheater, wo der Reichspräsident eine Ansprache halten wird. Der Aufruf schließt mit den Worten: „Alle republikanischen Flaggen heraus!“

Abperrungsmaßnahmen am Verfassungstage.

Zur glatten Abwicklung der heutigen Verfassungsfeier werden eine Reihe von Abperrmaßnahmen der Polizei erfolgen. Für die Feier im Reichstage werden die Simson- und Sommerstraße für die An- und Abfahrt der Teilnehmer freigehalten. Die Bürgersteige am Reichstagsgebäude werden für das Publikum gesperrt, dagegen wird der Königsplatz bis zu den Anlagen am Blomard-Denkmal sowie das Denkmalplateau selbst für das schaulustige Publikum freigegeben. Für die am Abend stattfindende Versammlung der republikanischen Verbände im Lustgarten wird der Wagensperr an der Schloss- und Kaiser-Wilhelm-Brücke rechtzeitig abgelent, um eine glatte Abwicklung des An- und Abmarsches der Züge zu gewährleisten. Für den sich im Anschluß an diese Kundgebung bildenden Fackelzug, der nach dem Staatstheater am Gendarmenmarkt marschiert, wird der Platz am Schiller-Denkmal freigegeben. Ebenso ist für ungehindertes Passieren des von der Brauerei Friedrichshain kommenden Zuges der republikanischen Jugend Sorge getragen. Alle Beamten der Schutzpolizei legen aus Anlaß des Verfassungstages erste Garnitur an.

Bei den Feierlichkeiten im Reichstage anlässlich der Wiederkehr des Verfassungstages werden der Magistrat durch Bürgermeister Ritter, die Stadträte Kohl und Boehsch und Stadtschulrat Paulsen, die Stadtverordnetenversammlung von Berlin durch Stadtverordneten Fabian vertreten sein.

Die Stadtgüter-G. m. b. H.

Der städtische Ausschuss für Güter und Forsten verhandelte am Dienstag vormittag unter Vorsitz von Stadtrat Wege über die neu zu errichtende „Stadtgüter-G. m. b. H.“ und über den abzuschließenden Gesellschaftsvertrag. Vor Beginn der Beratung kam Stadtrat Wege noch einmal auf den Plan der Gründung eines gemischtwirtschaftlichen Betriebes mit der Konfortia zurück und teilte mit, daß der Magistrat zunächst von diesem Plane noch nicht vollkommen abgegangen sei, da seine Verwirklichung der Stadt außerordentliche Vorteile bringen dürfte. So habe sich die Konfortia demnächst bereit erklärt, der Stadt 500 Millionen Mark als Darlehen zu sehr erträglichen Bedingungen zur Verfügung zu stellen. Ferner habe sich der gemischtwirtschaftliche Betrieb verpflichtet, mit Hilfe der Konfortia und ihren Ländereien der Stadt eine Refektorie an Kartesien in Höhe von 700 000 Zentnern zu garantieren, ein Quantum, das die Stadt Berlin bisher niemals aufzubringen in der Lage gewesen sei. Der Gemüsebau sollte so gesteigert werden, daß ein erheblicher Teil des Verbrauches in Groß-Berlin auf diese Weise sichergestellt werden könnte. Auch sollte das ganze auf den Gütern erzeugte Getreide zunächst der Stadt Berlin zum Kauf angeboten werden.

Es wurde trotz dieser Hinweise des Stadtrats Wege die Errichtung der „Berliner Stadtgüter-G. m. b. H.“ mit rein städtischem Betriebskapital und die Verpachtung der Güter an diese Gesellschaft mit den Stimmen der Mehrheitssozialdemokraten beschlossen. Die Unabhängigen und Kommunisten enthielten sich der Stimme. Am Montag wird dann die gesamte Deputation für Güter und Forsten zu diesem Projekt endgültig Stellung nehmen.

Dolchritze ins Herz.

Ein Raubmord in Baugen beschäftigt auch die Berliner Kriminalpolizei. Am 3. d. M., nachmittags, wurde in Baugen die 64 Jahre alte Gevatterin Auguste Leischner, geb. Lehmann, in ihrer Wohnung von einem unbekannten Mörder durch Dolchritze in das Herz getötet und um 3000 M. beraubt. Am Montag ließ der Verbrecher eine blecherne Dolchritze zurück. Es wird vermutet, daß er sich nach Berlin gewandt hat, um hier

Der Sprung in die Welt.

Ein Jungarbeiterroman von Artur Zidler.

Schon in der zweiten Morgenstunde schrie ein Aufseher in den Schlaßaal: „Aufstehen!“ Die Milchfahrer krochen von ihren Bettschiffen, fuhren in die Kleider und kletterten eine Treppe tiefer in die Kantine, wo der Kaffeebottich rauchte.

„Dalli, Onfreder,“ rief der Aufseher Weithale über den Tisch, „lauf deinen Kaffee, so schnell du kannst, wir hängen mit fünf Minuten. Spann die Währe ein und fahre vor die Milchausgabe; ich hole inzwischen die Butter.“

Nach tauend rannte Hans über den Kaffeehof zum Stall, riß der fetten Graufute das Maul von der Krippe und schirfte sie an den Wagen. Dann fuhr er an der Milchhalle vor. Der andere kam mit der Butter und verstaute sie. Dann wurden die Flaschenkästen auf dem Dach, die schweren Kannen und Milchtaufs im Innern des Wagens untergebracht, darauf fuhren sie in den Morgennebel hinein. Die dicke Zampa warf sich im Kunt, die Flaschen klirrten und Weithale schimpfte: „Hüh, du alte Krade, hüh!“

Zuerst wurde die Füllase mit Milch verfort, dann fuhren sie von Haus zu Haus. Bis gegen elf Uhr rannte Hans mit den Krügen treppauf treppab, lieferte an der Hintertür von Rechnungsrats einen Liter süße, einen halben Liter saure Sahne, und im vierten Stock der Meißnerne einen viertel Liter Kindermilch ab, dessen Bezahlung die blasse, dürftige Mutter auf morgen aufschob. Gegen Mittag brachte ein Wagen den zweiten Transport, und erst um vier Uhr fuhr man leer nach Hause. Während Weithale dann abrechnete, wusch Hans den Wagen und die Kannen und war fertig. Er trollte dann zur Maschinenfabrik und holte Rudi ab.

„Ich habe für heute abend etwas Feines eingefädelt,“ blinzelte Rudi, „ich habe in der Werkzeugausgabe zwei Mädchen kennengelernt, die noch keinen Schah haben. Die eine macht mir schöne Augen. Und wegen der anderen habe ich an dich gedacht. Ich glaube, sie paßt gut zu dir, weil sie keine Bewegungen hat, was du doch so liebst. Sie ist schon neugierig auf dich, nachdem ich ihr erzählt habe, du hättest lustige Geschichten auf Lager. Halb acht Uhr wollen sie am Feldweg sein.“

Sie waren auch wirklich da und gefielen Hans. Das ihm von Rudi zugebachte Mädchen war kälter als das andere und hatte ein sanftes Wesen. Herbstlich kühler Wind blies über die Feder, der Mond hing blaß im dämmernden Himmel und die ersten Sterne wurden sichtbar. Die Mädchen wuchsen ein Trällerhähnchen, dem ein leichter Tanzschritt angemessen

war, und so hüpfte die vier singend den Weg dahin, als ihnen einfiel, eine Mühle zu machen und sich im Kreise zu irdeln, bis der Atem alle war. Schließlich kam man sich überein, Apfelwein trinken zu wollen, und begab sich in eine kleine Gartenwirtschaft. Draußen war es schon zu kühl, so lehnten sich die beiden Paare in die Ecke der Stube, wo ein Lederlanapee stand. Sie waren die einzigen Gäste, eine altersschwache Petroleumlampe sorgte für Halbduster. „Jetzt soll Hans seine schönen Geschichten auspacken,“ entschieden die Mädchen. Hans begann: „Es war einmal ein Mann, der hatte sieben Söhne. Diese sieben Söhne sprachen: „Vater, erzähle uns eine Geschichte.“ Da erzählte der Vater eine Geschichte, die begann folgendermaßen: ein Mann hatte sieben Söhne. Diese sprachen: „Vater, erzähle uns eine Geschichte.“ Der Vater erzählte: . . .

„Das ist heller Quatsch!“ empörte sich Rudis Freundin. „Da spielen wir nicht mit Ros, etwas anderes!“ Jetzt legte sich Hans auf Erpressungen. Wenn wir jeder einen Kuf bekommen, erzähle ich euch die spannendste Geschichte von der Welt!“ Der Vorschlag wurde angenommen. Die Mädchen legten die Köpfe zurück und hielten den Mund still. Rudis Kuf explodierte schallend, der von Hans war stiller, aber er dauerte länger. „Ich weiß noch gar nicht, wie du heißt“, sagte er weich. „Ich heiße Räre — aber nun erzähle die spannende Geschichte.“

„Also paßt auf: ein junger Mann aus der ersten besten Gesellschaft war verlobt. Seine Braut war ein reiches und schönes Mädchen, das ihn heftig liebte. Da wollten es die Umstände, daß er Geschichte halber nach Paris reisen mußte. Beim Abschied sagte seine Braut zu ihm: „Denke immer an mich, mein Bruno, es gibt so viel Verführungen in Paris. Ich habe eine tolle Vorahnung.“ Bruno lächelte und fuhr los. In Paris angekommen, hatte er seine Geschichte bald erledigt. Am Abend vor seiner Abreise beschloß er, sich eine Opernvorstellung anzusehen. Er nahm einen Platz in der ersten Reihe und freute sich über die gute Musik und das ausgezeichnete Spiel der Darsteller. Schon während des zweiten Aktes war es ihm aufgefallen, daß eine der Künstlerinnen von der Bühne herunter ihm zunickte; da er sie aber nicht kannte, tat er nicht dergleichen. Am letzten Akt aber sah die Schauspielerin einen Zettel aus dem Pulen und warf ihn dem verdutzten Bruno zu. Bruno hob ihn auf, konnte aber den Inhalt des Zettels nicht entziffern, da sein mangelhaftes Französisch dazu nicht ausreichte. Er wandte sich darum an den Türhüter des Theaters, den er für ein Trinkgeld bat, ihm den Inhalt des Zettels klar zu machen. Dieser erklärte sich höflich dazu bereit, als er jedoch den Zettel gelesen hatte, sagte er bestimmt und mit gefurchten Brauen: „Herr, verlassen Sie sofort das Theater oder ich lasse sie hinauswerfen!“ und gab

ihm den Zettel zurück. Bruno ging verdutzt in sein Hotel, er hätte gar zu gern gewußt, was auf dem Zettel stehe. Schließlich klingelte er dem Kellner, schenkte ihm fünf Franken und richtete an ihn dieselbe Bitte wie an den Türhüter des Theaters. Der Kellner warf einen Blick auf den Zettel und verschwand. In wenigen Augenblicken kehrte er mit dem Inhaber des Hotels zurück, der Bruno anfuhr: „Was unterstehen Sie sich! Räumen Sie sofort das Zimmer, hier können Sie nicht bleiben.“ „So sagen Sie mir doch wenigstens, was auf dem verdammten Zettel steht.“ Wütend schrie der Wirt: „Sie sind ein unverkämter Patron, scheren Sie sich aus meinem Hause!“ So mußte Bruno mit seinen Koffern auf dem Bahnhof übernachteten. In der Heimat wieder angelangt, war sein erster Weg zu seiner Braut, die ihn voller Freuden empfing. Sie merkte auch gleich, daß er etwas auf dem Herzen hatte und drang in ihn, sich doch ihr anzuvertrauen. „Liebe Katharina,“ sagte er bebrütet, „ich weiß, daß du gut französisch sprichst. In der Pariser Oper hat mir eine Schauspielerin diesen Zettel zugeworfen, den ich nicht lesen kann.“ Sie lachte: „Zeig ihn her!“ Sie las den Zettel durch, ihre Augen wurden groß und starr. Dann brach sie in Tränen aus. „Mit diesem elenden Menschen bin ich nun verlobt! Geben Sie, ich will Sie nie wieder sehen. . .“ Bruno flehte: „So sag mir doch wenigstens, was auf dem Zettel steht, ich bin ja ganz unschuldig daran.“ In diesem Augenblick trat ihr Vater ins Zimmer, der über diese Szene sehr erstaunt war. Seine Tochter reichte ihm den Zettel. Als er ihn gelesen hatte, sagte er: „Unter diesen Umständen muß auch ich Sie bitten, mein Haus für immer zu verlassen.“ Bruno schlug sich verzweifelt vor die Stirn. Er achte nur noch: „Bei allem, was Ihnen heilig ist, machen Sie mich nicht verrückt, sagen Sie mir, was auf dem verdammdelten Zettel steht!“ Mit der kalten Antwort: „Es ist unter meiner Würde, mich noch weiter mit Ihnen auseinanderzusetzen!“ verlieh der alte Herr das Zimmer, und seine Tochter folgte ihm. Nach einer schlaflosen Nacht suchte Bruno den alten Notar auf, der das Vermögen seiner Familie verwaltete. „Ich möchte einen Vertrag mit Ihnen machen,“ schlug Bruno vor. „Sie erhalten von mir eine Summe von zwanzigtausend Mark, dafür verpflichten Sie sich, mir den Inhalt eines Zettels aus dem Französischen ins Deutsche zu übersetzen.“ Der Notar war äußerst verwundert über diesen Handel, erklärte sich aber schließlich dazu bereit. „Geben Sie den Zettel her.“ Bruno griff nach der Brieftasche, in der er den Zettel bisher aufbewahrt hatte, fand ihn aber nicht. Er suchte in allen Taschen, ohne Erfolg. Mit Hilfe seiner Dienerschaft durchwühlte er später noch die ganze Wohnung, der Zettel jedoch war und blieb weg, und Bruno hat nie erfahren, was er enthielt.“ (Fortsetzung folgt.)

für die Dauer oder wenigstens vorübergehend unterzulassen. Der Raubmörder ist etwa 23 bis 25 Jahre alt und etwa 1,70 bis 1,75 Meter groß, hat eine kräftige Gestalt und ein rundes barbares Gesicht und trägt ein abgegriffenes, an den Kanten schon durchgeschliffenes, rotbraunes Jackett, eine schwarzweiß gestreifte Hose, einen graubraunen weichen Hut und eine lange schwarzweiß gestreifte Strampfle. Er soll die österreichische oder die bayerische Mundart sprechen. Mitteilungen, die auf seine Spur führen können, nimmt Kriminalkommissar Duosch im Zimmer 96 des Polizeipräsidiums, Hausanruf 512, entgegen.

### Das Kapital in der Westentasche.

#### Radium — ein Ausweg für Steuerdrückeberger.

Die Steuerfurcht der Besitzenden zeitigt die merkwürdigsten Willen. Um die Steigerung ihres Vermögens zu verbergen und so den Staat um die ihm zustehenden Steuern zu betriegen, haben kapitalschwere Leute in letzter Zeit ihre Kapitalien häufig in Radium angelegt. So erhielten die Steuerbehörden keine Kenntnis von ihrem Besitz und die Steuerdrückeberger konnten ihr Vermögen in der Westentasche stets verhältnismäßig diebstahlsicher bei sich tragen.

Nun aber ist die Frage strittig, ob Radium zu den Heilmitteln gehöre oder nicht. Der Handel mit Arzneimitteln aber ist ohne besondere Erlaubnis verboten. Die Berliner Gerichte haben bereits verschiedene auseinandergehende Entscheidungen gefällt. Landgericht 3 und Wuchergericht des Landgerichts 2 haben die Frage bejaht, während Landgericht 1 sie verneinte und den Handel mit Radium für zulässig erklärte. Das Kammergericht bejahte dagegen die Frage ebenfalls. In einer Strafsache gegen den Kaufmann Frh. B. hatte die Staatsanwaltschaft gegen das freisprechende Erkenntnis des Landgerichts 1 Revision eingelegt, mit der Begründung, daß dieses irrtümlich die erwähnte Frage verneint habe. Demgegenüber wies Rechtsanwalt Dr. Frey darauf hin, daß es nicht darauf ankomme, ob Radium ein Arzneimittel im Sinne der erwähnten Verordnung sei, vielmehr auf die Absicht des Käufers, es zu Heilzwecken zu verwenden. Wenn jemand zu Zwecken der Steuerhinterziehung Radium erwerbe, könne er nicht gleichzeitig das Bewußtsein haben, einen Handel mit Arzneimitteln zu treiben. Das Kammergericht folgte insofern den Ausführungen des Verteidigers, indem es die Sache an ein neutrales Gericht, d. h. an ein solches, welches zu dieser Frage noch nicht Stellung genommen habe, verwies. Die Sache wurde daher an das Landgericht 2 verwiesen, um dort die besonderen Umstände bei Erwerb des Radiums feststellen zu lassen.

### Die Ester im Käfig.

Eine diebstahlige Ester, die für über 1000000 Mark an Werten verschiedener Art in ihr Nest brachte, hat die Kriminalpolizei jetzt in den „Käfig“ gesperrt. Sie legte besonderen Wert auf glänzendes Zeug, Gold und Silber. Die Diebin ist eine 35 Jahre alte aus Pöchlarn gebürtige Schneiderin Ida Göh, die in der letzten Zeit mehr als 60 mal ihr möbliertes Zimmer gewechselt hat. Zuletzt wohnte sie in der Pestalozzistraße 100 im Vorderhaus, zwei Treppen links. Dort wohnten auch noch zwei andere Frauen. Deren Zimmer wurden mit Nachschlüsseln geöffnet und daraus verschwand eine erhebliche Menge Wäsche. Der Verdacht fiel auf die Schneiderin, man sah sich in ihrem Zimmer um und fand darin ein großes sehr wertvolles Lager von Wäsche aller Art. Aus Aufzeichnungen, die man bei der Durchsuchung entdeckte, ging hervor, daß die Schneiderin auch ein Schließfach bei der Charlottenburger Sparkasse hatte. In diesem entdeckte man kostbares Silber und Gold, darunter Schmucksachen mit Brillanten, eine schwere goldene doppeltapfelige Herrenuhr von hohem Werte, eine goldene Damenuhr, goldene Füllfederhalter und Broschen und ausländische Goldmünzen und endlich zwei Spartassenbücher und Kriegsanleihe. Eines der Bücher lautete auf den eigenen Namen der Schneiderin, das andere auf Hedwig Schubert, die aber auch niemand anders ist als Fräulein Göh. Diese, wegen Diebstahls schon bestraft, hatte sich von den Schlüsseln ihrer Nachbarinnen in der Pestalozzistraße Bleibdrücke genommen und danach von einem Schlosser Nachschlüssel machen lassen. Der Schlosser übergab die Bleibdrücke der Kriminalpolizei. Sie sind ein gewichtiges Belastungsmaterial. Deshalb kann auch die Verhaftete darauf, sie zu befechtigen, und es gelang ihr auch, sie während ihres Verhörs wegzuschleichen. Sie wurden ihr jedoch später wieder abgenommen. Die Schmucksachen, Uhren usw. können bei Kriminalkommissar Galknow im Zimmer 88 des Polizeipräsidiums beschlagnahmt werden, die Wäsche jeden Tag von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags in der bisherigen Wohnung der Verhafteten in der Pestalozzistraße.

### Vorgeldlose Steuerzahlung.

In der heutigen Nummer unserer Zeitung macht das Landesfinanzamt Groß-Berlin darauf aufmerksam, daß Steuerzahlungen an die Finanz- und Steuerämter am bequemsten und billigsten durch Überweisungen von Konto zu Konto zu bewirken sind. Im Interesse der Steuerzahler möchten auch wir empfehlen, von der bargeldlosen Eingahlung den ausgiebigsten Gebrauch zu machen. Der bargeldlose Verkehr spart den Steuerpflichtigen Zeit und Geld, Wege und Warten; er bewirkt aber auch eine Einschränkung der Papiergeldflut, so daß der Steuerpflichtige nicht nur sich selbst, sondern auch der allgemeinen Volkswirtschaft nützt, wenn er nicht bar zahlt. Wer kein Konto besitzt, lege sich eins an oder zahle durch Kassenkarte. Die Kosten dieses Verfahrens sind namentlich beim Postüberweisungsverfahren geringfügig; die Überweisung von Konto zu Konto ist überhaupt gebührenfrei. Die Ankosten für Formulare usw. stehen in keinem Verhältnis zu den Vorteilen. Die Formulare für Kassenkarten sind bei allen Post- und Finanzämtern zu haben. Besondere Steuer-Kassenkartenformulare und insbesondere auch solche für Kapitalertragssteuer, die die erforderlichen Angaben enthalten, werden demnach bei sämtlichen Post- und Finanzämtern, sowie bei den Steuerämtern vorrätig gehalten. Bei den Finanzämtern sind ferner Verzeichnisse erhältlich, aus denen die Postfachkontonummern der fraglichen Klassen ersichtlich sind.

Für den Zoologischen Garten hatte der Magistrat Berlin einen Betriebsbericht von 400000 Mark bewilligt, der bei weitem nicht genügt. Es ist nun zunächst vom Magistrat beschlossen worden, diese Summe nicht als Betriebsbericht, sondern als Beihilfe für den Zoo zu betrachten.

**Das verdächtige Paket.** Durch die Aufmerksamkeit eines Eisenbahnbeamten wurde ein in der Nacht zum Donnerstag begangener Diebstahl schnell aufgeklärt. Der wohnungslose Arbeiter Ernst Becker und der Arbeiter Walter Kermann hatten in der fraglichen Nacht einen Güterkoffer auf dem Weisenauer Güterbahnhof in Berlin erbrochen und waren dann mit ihrer Beute mit einem der ersten Züge nach Lichtenberg-Friedrichsfelde gefahren, wo einem Bahnbeamten die übermäßig große Traglast auffiel. Deshalb hielt er die beiden Diebe an, die über den Erwerb widersprechende Angaben machten. Bald darauf traf dann die Nachricht von dem Einbruch ein. Die Diebe sind in vollem Umfange gefänglich. Das gestohlene Leder im Werte von 50000 Mark konnte dem Eigentümer vollständig zurückgegeben werden.

9. Kreis Wilmersdorf Freitag, 9. Kreis Wilmersdorf  
11. August: 11. August:

## Republikanische Verfassungsfeier

veranstaltet von der SPD. und USPD.

im Bismarck-Gymnasium, Pfalzburger Str. 30/31, abends 7 1/2 Uhr.  
Jestredner: Gen. Dr. Adolf Braun, M. d. R., und Gen. A. Stein.

Die Gebühren für die Benutzung der Bedürfnisanstalten sind vom Magistrat wie folgt festgesetzt: I. Klasse 1,50 M.; II. Klasse für Männer 0,75 M., II. Klasse für Frauen 0,50 M. Die neuen Gebühren sind sofort zu erheben. Der Stadtverordnetenversammlung wird nachträglich eine Vorlage zugehen.

### Der Rhön-Regelungswettbewerb.

Bei Sturm und Regen begann der erste Tag des diesjährigen Rhön-Regelungswettbewerbes. Trotz der Ungunst der Witterung, die den Aufbau des Lagers und den Antransport der Flugzeuge wesentlich verzögerte, konnte bei vorübergehender Aufbesserung am Abend der Flugbetrieb noch einsehen. Zum ersten Flug startete das Segelflugzeug der Flugtechnischen Vereinigung Dresden. Herr Nuttard gelang auf diesem Flugzeug ein Flug von nahezu drei Minuten Dauer mit Ueberhöhung der Abflugstelle. Auch der zweite Flug des Herrn Stamel auf Weitensegler Roland stellte eine beachtenswerte Leistung dar, besonders im ersten Teil des Fluges, der eine gute Umdrehung des natürlichen Windantriebes ergab. Ein großer Teil der gemeldeten 58 Flugzeuge steht startfertig in den Hallen, so daß in den nächsten Tagen ein lebhafter Flugbetrieb zu erwarten ist.

**Große Unwetter Schäden in Bayern.** In den letzten Tagen haben in mehreren Gegenden Bayerns schwere Unwetter an der Ostseebucht und an den Ostbalkan einen noch viel größeren Schaden anrichten lassen. Besonders schwer wurden Gegenden Niederbayerns und des Bayerischen Waldes betroffen, wo auch zahlreiche Häuser, elektrische Leitungen, Kirchen, Friedhöfe usw. schwer beschädigt, große Bäume entwurzelt, Dächer abgedeckt und sonstige Schäden angerichtet wurden.

## Arbeiter sport.

**Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität.** 1. Abt. Sonnabend, den 12. August: Radtour Weizla; 10 Uhr Abreise. Sonntag, den 13. August: 1. Abt. Weizler. Ziel am Etich 2. Abt. Sonntag, den 13. August: Alt-Talitz. Start früh 4 Uhr Abreise, Planitz 8. Am Sonntag, den 20. August: Radtour in Blantzenfelde. Karten bei den Fahrwarten.

## Sport.

- Rennen zu Ströndberg am Donnerstag, den 10. August.**
1. Rennen. 1. Reih (R. Einsinger), 2. Theorie II (Lassen), 3. Verdi (R. Wald). Tot.: 13:10. Wagh: 11, 22:10. Ferner liefen: Doloc, Parolus (angehalten).
  2. Rennen. 1. Welterre (R. v. Westernhagen), 2. Patele (Dr. Beck), 3. Top Twin (H. Hollenbach). Tot.: 13:10. Wagh: 13, 23:10. Ferner liefen: Rollen Rouge, Karamello (gest.), Kirsche, Khatzer, Bell Nom.
  3. Rennen. 1. Kaiserhof (H. Schmidt), 2. Garbas (Gretel), 3. Ueberl. 3. Lappenburg (H. Kohn). Tot.: 33:10. Wagh: 13, 18:10. Ferner liefen: Kewansche, Ufer, Prinz (beide angehalten), Walschütz (do.), Altalenta (do.), Wenz, Pilsel (do.).
  4. Rennen. 1. Sinna (H. Läder), 2. Hölzberg (H. Einsinger), 3. Coras (H. Arndt). Tot.: 33:10. Wagh: 58, 15, 22:10. Ferner liefen: Wargensunde, Wima, Kaskandra, Feuer gel., Paratier, Ast II gel.
  5. Rennen. 1. Wimer (H. Schulz), 2. Burg (H. Adolph), 3. Auer (H. Wald). Tot.: 29:10. Wagh: 14, 15, 58:10. Ferner liefen: Schwere, Lanthour, Gora angehalten, Looch, Furgelbaum, Rend honto gelassen, Kofolores, Titz angehalten.
  6. Rennen. 1. Balalita (H. Sorowich), 2. Nabal Fluss (H. Kuffel), 3. Stürmer II (H. Kuffel). Tot.: 23:10. Wagh: 14, 38, 40:10. Ferner liefen: Propukker, Düssel II, Rote, Wratel.
  7. Rennen. 1. Wollfeld (H. Polina), 2. Baral (H. Zimmermann), 3. Kagenhammer (H. Kuffel). Tot.: 17:10. Wagh: 12, 13, 17:10. Ferner liefen: Corona, Wermolt II, Stamit, Valente, Götzen.

Weiter bis Sonnabend mittags. Wählg warm, hell und heiter und im Küstengebiet, besonders im Osten noch leichte Regenfälle, sonst meist großen bei weiltlichen bis nordwestlichen Winden.

### Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch genügend, Geschäft ziemlich rego. Fische genügend, Geschäft ruhig. Obst und Gemüse ausreichend, Geschäft flott.

Am Donnerstag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:

Rindfleisch 55—65 M., ohne Knochen 65—80 M.	Schweinefleisch 90—105 M.	Kalbsteck 55—65 M.	Hammelfleisch 65—85 M.	Schellfisch 14—20 M.	Seelachs 24—31 M.	Rotzungen 14—20 M.	In Eis: Aale 50 bis 65 M.	Pilzchen 24—40 M.	Hechte 65—75 M.	Lebende Aale 80 bis 95 M.	Schleie 119—124 M.	Barsche 45—68 M.	Eier 7,40—7,75 M.	Das Stück.	
Naturbutter 140—150 M.	Margarin 80—92 M.	Weizenmehl 24 bis 26 M.	Maigrieß 15—16 M.	Hafer; Utra 22 M.	Reis 20—24 M.	Neue Kartoffeln 40—55 M.	10 Pfund.	Möhrrüben 4—5 M.	Zwischen 12 bis 15 M.	Pfefferlingen 18—24 M.	Steinpilze 8—12 M.	Edelpilze 12 bis 20 M.	Pflaumen 14—18 M.	Tomaten 10—22 M.	Himbeeren 16—18 M.

## 13. Verbandstag der Tabakarbeiter.

### 2. Verhandlungstag.

Dresden, 8. August.

In der Besprechung des Vorstandsberichts kam die Kritik in einer großen Reihe von Rednern zu Wort, doch blieb sie durchweg in gemäßigten Grenzen. Becker-Weipzig wandte sich mit besonderer Schärfe gegen die Tabaksteuer und den Umstand, daß die gegenwärtige Steuer mit Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten einschließlich der damals dem Reichstag angebotenen Verbandsverträge Annahme gefunden. Redner forderte Zustimmung zu dem von Weipzig beantragten Mißtrauensvotum gegen den Vorstand, der auch in anderer Beziehung stark die Berührungspunkte mit der Mitgliedschaft verloren habe. Dem Redner antworteten Deichmann und Gausleiter Schläfer in eingehender Darstellung des Kampfes um die Tabaksteuer und der Berührungspunkte, die dem Vorstand und

den sozialdemokratischen Abgeordneten

maßgebend waren bei der Zustimmung zur Banderolensteuer. Auch Wenzel-Bünde I. W. antwortete Becker lebhaft mit der Gegenparade, einmal zu Hause in der Zahlstelle jenen Mut des Widerstandes aufzubringen, an dem man hier auf dem Verbandstag nach der falschen Richtung hin appelliere. Wenzel zeigte in warmen Worten Wege der Kleinarbeit und Zusammenarbeit, zu denen er besonders auch die Pflege des Betriebsrätemwesens rechnete. — Für den Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft erhoben mehrere Redner ihre Stimme. Allgemein wurde die Notwendigkeit höherer Beiträge anerkannt, doch äußerten sich auch Stimmen der Befürchtung gegen das jetzt vom Vorstand empfohlene radikale Hinwachsen der Beiträge. Unter Zustimmungsbewegungen verwandte Esche-Frankfurt a. M. sich für die Aufstellung eines Stundenlohnes als Beitrag, da sich daraus für die Verbandsleitung zugleich der Antrieb zu stärkerem Kampfe um höhere Löhne ergeben solle. Sehr tiefgehende Unzufriedenheit äußerte sich vielfach mit der Lohnhöhe, die insbesondere bei den Zigarrenarbeitern absolut nicht Schritt gehalten habe mit den Teuerungverhältnissen und z. B. in Norddeutschland (Lübeck) zur

### Abwanderung der Arbeiter

aus der Tabakindustrie und zur Verlegung von Betrieben nach Süddeutschland führe. Ein großer Teil der Redner machte seine persönlichen und bezirklichen, auf stärkere Aufklärung und Verbearbeitung gerichteten Wünsche und Anforderungen an Vorstand und Vorstand geltend, die sich insbesondere auf die Verhältnisse in den Landbezirken Bayerns, der Pfalz, Württembergs, Unter- und Oberbadens und des Gaues Sachsen bezogen. Zur Frage der Heimarbeit legte Wenzel (Hauptvorstand) das Wort des Vorstandes dar, das grundsätzlich auf ein Verbot der Heimarbeit, mit der gebotenen Rücksichtnahme aber zunächst auf ihre mögliche Einschränkung und auf Verbinderung der Hineinziehung neuer Schichten in die Heimarbeit hinauslaufe. Den Vorstandstandpunkt zu den einzelnen Angriffspunkten (im großen: Verlegen im Klassenkampf, Arbeitsgemeinschaft) vertrat im Weitergang der Debatte eindringlich Tiedermann und Hufung vom Vorstand, neben denen auch andere Redner, wie Waltermann-Floto, Sespian-Hamburg, Talmon-Stuttgart, Bezirksleiterin Frau Wolf-Spenger u. a. darlegten, wie der Vorstand getan habe, was in seinen Kräften stand. Frau Wolf verwies auf die gewerkschaftlichen Folgen des jahrelangen politischen Bruderkampfes, bei dem unter der gegenseitigen Bekämpfung die Ausföhrung und Gewinnung neuer Mitglieder und die profittliche Wahrung der Arbeiterinteressen so viel Schaden erlitten habe.

In bemerkenswerten Ausführungen legte Wiffels (ADGB) dar, wie Deutschland vor eine Umgestaltung seiner Wirtschaft gestellt sei, die, da sie sich auf dem sogenannten

### „reinen“ revolutionären Wege

nicht erreichen ließe, sich doch nicht ohne das Zutun der Arbeiter vollziehen dürfe. Einer der Wege hierzu liege in den Gemeinschaftsaufgaben der Arbeitsgemeinschaften. Wiffels wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten fügte Deichmann in seinem Schlusswort noch weitere hinzu.

Nachdem über 30 Redner gesprochen, wurde Debatte schluß geschlossen, dem das eingehende Schlusswort Deichmanns folgte.

Die vom Ausschussvorsitzenden Schöne-Hamburg beantragte Entlastung für den Hauptvorstand wurde gegen eine Stimme erteilt und der Antrag auf Erteilung eines Mißtrauensvotums abgelehnt. Zwei von Jüterbog und Berlin gestellte Anträge auf Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft wurden gegen etwa 10 Stimmen abgelehnt, ebenso ein Antrag Jütz, der den Vorstand verpflichten sollte, dahin zu wirken, daß das „Korrespondenzblatt“ des ADGB im Sinne des Klassenkampfes wirken solle. Der Verbandstag dokumentierte damit seine Ansicht, daß diese Tendenz beim „Korrespondenzblatt“ durchaus vorhanden sei. Angenommen wurde ein (auch von Deichmann zur Annahme empfohlener) Antrag Jütz, mit allen Mitteln jede Besteuerung des Tabakgewerbes zu bekämpfen, soweit sie sich zum Nachteil der Tabakarbeiter auswirkt. Eine Reihe von Anträgen wurde dem Vorstand überwiesen. Sie beziehen sich auf Anwendung einer anderen Form als der bisherigen bei Urabstimmungen, auf Einstellung von Hilfsbeamten bzw. Neueinstellungen der Gaue Sachsen und Heidelberg, ferner auf eine Weiterbehandlung der Heimarbeitfrage im Sinne der Vorstandsvorlegungen, auf die Wahrung der Interessen der durch die Tabaksteuer geschädigten Tabakarbeiter sowie auf tatkräftiges Wirken innerhalb der Gewerkschaften zur Erringung einer menschenwürdigen Existenz.

Dann begann die Beratung der vorliegenden 120 Anträge zum Statut und Wahlreglement, eingeleitet durch ein Referat des Kassierers Krohn, der noch einmal ganz eingehend die Notwendigkeit der Aufbringung erhöhter Verbandseinnahmen darlegte.

### Jugendveranstaltungen.

Stimmliche Abteilungsveranstaltungen fallen aus. Die Abteilungen befehligen sich geschlossen an der Kundgebung der republikanischen Jugend im Sozialparkteil.

Das Jugendsekretariat bleibt infolge der Kundgebung heute ab 4 Uhr geschlossen.

Wichtig! Von jeder Abteilung müssen drei Deputierte um 6 Uhr zur Versammlung im Sozialparkteil sein. Derzeitige Vorstand des Sozialparkteil ab 6 Uhr zum Ausnahmepreis von 5 M. gegen Ausweis der Abteilung.





## Abchluss mit Bayern?

Auch am Donnerstag sind die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Vertretern der bayerischen Regierung fortgesetzt worden. Der Abschluss der Verhandlungen steht nahe bevor. Ehe jedoch irgend ein Uebereinkommen Rechtskraft erlangt, muss bekanntlich die bayerische Delegation erst dem bayerischen Ministerrat und dann wieder den Fraktionen der bayerischen Regierungsfraction von ihm Kenntnis geben und deren Zustimmung einholen.

Die langen Verhandlungen können sich — vom Rechtsstandpunkt aus gesehen — nur auf zukünftige Dinge bezogen haben. Die Hauptfrage der Gegenwart ist die: Wann werden die bayerische Sonderverordnung aufgehoben und die verfassungsmäßig zustand gekommenen Reichsgesetze zum Schutz der Republik in allen ihren Teilen auch in Bayern zur Geltung gebracht? Die Regierung Verchenfeld hat sich allerdings von dem bayerischen Oberlandesgericht die Rechtsgültigkeit ihrer Sonderverordnung bestätigen lassen. Die Begründung dieses bayerischen Oberlandesgerichts ist indessen recht windiger Natur. Der Republikanische Richterbund verurteilte dieser Tage an seine bayerischen Mitglieder ein Rundschreiben, in dem er die Urteilsbegründung nach allen Regeln zerpflückte. Er führte u. a. aus:

Das bayerische Gericht sieht diese Anerkennung auf Artikel 48 des Reichsverfassungsgesetzes, wonach bei erheblicher Gefährdung der Sicherheit und Ordnung im Reich ebenfalls auch eine Landesregierung für ihr Gebiet einstweilige Maßnahmen in den Grenzen des Reichspräsidenten verliehenen Notverordnungsrechts treffen kann. Eine derartige Gefährdung der Sicherheit sei für Bayern, nach der maßgebenden Feststellung des bayerischen Gesamtministeriums, durch die Erregung eines Teiles des bayerischen Volkes über einzelne Vorschriften des Reichsgesetzes zum Schutz der Republik entstanden. Nun ist es staatsrechtlich eine unmögliche, ja ungeschwehliche Annahme, daß überhaupt durch ein ordnungsmäßig erlassenes Reichsgesetz die Sicherheit und Ordnung in irgendeinem Teil des Reiches gefährdet werden könne. Uebrigens ist das Reichsgesetz zum Schutz der Republik nach der Ermordung Rathenaus gerade zur Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung im ganzen Reich ergangen. Es ist demnach ein offener Widerspruch gegen Sinn und Geist der Verfassung, das Reichsgesetz zum Schutz der Republik als ein Gefahrmoment für die Sicherheit eines Gebietes der Republik hinzustellen und aus dieser Fiktion die Befugnis zu einer sonderrechtlichen Notverordnung abzuleiten. Wenn sich in Bayern tatsächlich Kreise der Bevölkerung in eine Erregung gegen das neue Reichsgesetz haben versetzen lassen, so war es Aufgabe der bayerischen Regierung, solche Kreise zur Vernunft, zur Achtung der Reichsverfassung und der Reichsgesetze zurückzuführen. Statt dessen geht diese Regierung selbst durch einen Bruch der Reichsverfassung, der letzten Endes auf gewaltsame Durchsetzung hinlaufen, den Weg zum Hochverrat. (Reichsverfassung Artikel 13, Strafgesetzbuch 86, 81.) Die republikanischen Richter Bayerns haben nach unserer Dafürhalten die selbstverständliche Pflicht, eine politisierende Verdunkelung klarer Rechtsgrundsätze abzulehnen, die Reichsgesetze anzuzweifeln und in jedem neuen Fall unbetriegt durch den verfassungsmäßigen Beschluß des obersten Landesgerichts die bayerische Landesverordnung vom 24. Juli als Bruch des Reichsrechts und der Reichsverfassung für nichtig zu erklären.

Diese Rechtsauffassung, wie sie vom Republikanischen Richterbund vertreten wird, ist so klar und eindeutig, daß selbst der deutschnational bayerische Justizminister daran kaum etwas zu denken finden könnte, wenn ihm nicht partikularistische Eigenbrötelerei höher steht als Verfassung und Recht.

Die dreiste Art, mit der insbesondere die Bayerische Volkspartei und ihre deutschnational-preussischen Antriebler in die Welt posieren, das „ganze bayerische Volk“ siehe geschlossen hinter Verchenfeld und seinen Einbläsern, hat in Bayern selbst den lebhaftesten Widerspruch gefunden. In Würzburg nahm dieser Tage eine sehr stark besuchte Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins zu der Lage Stellung und ver-

Das erwachende Jerusalem. Der Fremde, den sein Weg nach Jerusalem führt, ist nicht wenig erstaunt über das raffische Leben, das sich innerhalb der Mauern dieser Stadt entfaltet. Ungeachtet drängt sich einem der Vergleich mit einem Manne auf, der zu lange geschlafen hat und nun bemerkt, daß das Versäumte nachzuholen. Diese neue Epoche hat mit dem Einzug der Engländer in Jerusalem eingeleitet. Es bildete sich 1918 eine Gesellschaft „Pro Jerusalem“, die es sich zur Aufgabe machte, das neue Jerusalem auf dem alten historischen Gelände neu entstehen zu lassen. In diesem Plan arbeiten zurzeit Archologen, Architekten, Konkrete, Kunstler und Private — Araber, Juden, Bekaner der griechisch-katholischen und römisch-katholischen Religion, Protestanten und Armenier. Der beherrschendste neue Stadtplan bezweckt in erster Linie, der Stadt wieder ein ursprüngliches Gepräge zu geben, das die geschichtliche und nationale Eigenart zum Ausdruck bringt. Europäische Architekten dürfen an dem neuen Stadtplan keinen Anteil haben — die Pläne sollen israelisch wirken. Die alte Stadtmauer wird wieder freistehend gemacht, Häuser, die an sie heranreichen, werden abgebaut. Auch in die Anplantungen im Stadtdamm wird Einheitlichkeit gebracht. Aus dem ersten Ring jenseits der Mauer, der den Damm von Silo und Gethsemane in sich birgt, sollen sämtliche Privatgebäude entfernt werden. Der zweite Ring des neuen Stadtplanes umfaßt den Berg und Beithanien. Hier ist Beugelände freizugeben. — Die Vereinigung „Pro Jerusalem“ erstreckt ihre Bestrebungen aber auch auf andere Gebiete, wie Gartenbau, Einrichtung von Kinderspielflächen, Werkstätten und den Bau eines historischen Museums. Das geschichtliche Leben der Stadt blüht nach jeder Richtung hin: Das Handwerk erwacht zu neuem Leben, es entstehen Banken und Gesellschaften für Ein- und Ausfuhr. An den neueren Errungenschaften Jerusalems gehören auch eine Wasserleitung, mehrere täglich erscheinende Zeitungen und — natürlich — zwei Kinos. Das Restaurationsleben dagegen hält sich in engen Grenzen, da über ganz Palästina ein äußerst streng gehandhabtes Alkoholverbot verhängt ist. Man beschränkt sich lediglich auf Perobolung von Speisen und arabischem Kaffee. Wenn man sich einen Begriff von dem äußeren Bild des neuen Jerusalem machen will, so muß man sich eine Stadt vorstellen, in der, so schnell dies möglich mag, der Kaffee dominiert. Jerusalem ist auf Kalksteinboden erbaut; das Baumaterial sämtlicher Häuser ist ebenfalls Kalkstein. Der Staub, der infolge der Bodenbeschaffenheit ganz unerträglich ist, macht deshalb das Gewerbe der Schupfner zu einem recht einträglichem. Dank der verschwindenden Menge der Europäer, abgesehen von den arabischen Militärs, ist es der Stadt möglich gewesen, sich ihr orientalisches Gewand zu bewahren. Die Turbane der Männer, die farbigen Gewänder der Frauen beherrschen das Stadtbild.

Der Stenographenverband „Stolze Schrey“ begeht die Feier des 25jährigen Bestehens der von ihm vertretenen Kurzschreiberei durch Abhaltung eines Stenographentages, der vom 17. bis 21. August in Eisenach stattfinden wird und zu dem bereits über 1600 Teilnehmer angemeldet sind. Der Festtag geht ein Wettstreit in deutscher Schrift und in den Uebersetzungen in die englische, französische, spanische und italienische Sprache, sowie in Esperanto voraus. Das Reichsministerium des Innern hat seine Beteiligung an den Verhandlungen zugesagt.

sicherte in einer Resolution, geschlossen hinter der Reichsregierung zu stehen und den Kampf zum Schutze der Republik mit allen geeigneten Mitteln unterstützen zu wollen.

Nach ist über das Ergebnis der Berliner Verhandlungen nichts bekannt. Es soll, wie amtlich mitgeteilt wird, erst am Freitagvormittag in einer weiteren Sitzung endgültig formuliert werden. Man wird die Feststellung des Ergebnisses und seine Bekanntmachung abwarten müssen, um zu ihm abschließend Stellung zu nehmen. Ton und Inhalt der amtlichen Meldung lassen erkennen, daß man zu einem Einverständnis gelangt ist. Sollte dieses Einverständnis auf einer annehmbaren Grundlage erzielt sein, so würde man das begehren dürfen, denn vermeidbare innere Kämpfe kann sich Deutschland angesichts seiner schwer bedrohten äußeren Lage und der Katastrophe seiner Währung nicht leisten.

Als eine annehmbare Grundlage würden wir es betrachten, wenn sich die bayerische Regierung entschlossen haben sollte, ihre verfassungswidrige Verordnung zurückzuziehen und das Gesetz zum Schutze der Republik auch in Bayern, in Geltung treten zu lassen. Würde bei der Ausführung des Gesetzes auf partikularistische Empfindlichkeiten Rücksicht genommen, ohne daß seine Wirkung dadurch in Frage gestellt wird, so wäre das gerade noch zu ertragen. Es wäre dann Sache der Opposition, d. h. in erster Linie unserer Genossen in Bayern, die Augen offen zu halten, damit das Gesetz nicht in der Wirkung in sein Gegenteil verkehrt wird. Die bayerische Regierung weiß sehr genau, welcher Argwohn in dieser Beziehung im ganzen nichtbayerischen Deutschland und bei einem großen Teil der bayerischen Bevölkerung besteht. Nur wenn es ihr gelingt, ihn durch die Tat zu entkräften, wird der Konflikt durch das augenblicklich erzielte Ergebnis dauernd beigelegt sein.

## Während Verchenfeld verhandelt . . .

### Münchener Polizei gegen die U.S.P.

München, 10. August. (Eigener Drahtbericht.) Die beiden Redakteure Kämpfer und Winter des Münchener U.S.P.-Organs, der „Morgenpost“, wurden heute von der Münchener Polizei verhaftet, so daß das Erscheinen des Blattes in Frage gestellt war. Die Hausdurchsuchung zeugte keine wesentlichen Enthüllungen politischer Art. Ebenso wurde der ehemalige Sekretär Kurt Eisner, Geheimeschreiber, in Halle verhaftet und einem bayerischen Kriminalbeamten zum Transport nach München übergeben. Die Gründe, die zu der Verhaftung führten, sind zur Stunde nicht bekannt, da nicht einmal dem Verteidiger der Verhafteten der Zutritt zu den Häftlingen gewährt wurde. Die Auswahl der verhafteten Persönlichkeiten läßt lediglich die Vermutung aufkommen, daß es sich um Weiterungen zum Eisner-Dokumentenprozeß handelt, die nach Aufhebung der Münchener Polizei Hochverrat darstellen. Vermutlich will die Münchener Polizeidirektion einen zweiten Fall Bepprechtung mit all seinen politischen Ausschöckungen im gegenwärtigen Augenblick inszenieren. Vorläufig muß natürlich das Ergebnis der Untersuchung abgewartet werden. Der Vorfall ist selbstverständlich nicht geeignet, die Erregung in der Münchener Arbeiterschaft gegen die bayerische Regierung, die Landtagsmehrheit und die Münchener Polizei zu beruhigen.

## 26. Internationaler Bergarbeiterkongress

Frankfurt a. M., 10. August. (M.B.) Der Internationale Bergarbeiterkongress hat heute beschlossen, daß internationale Bergarbeiterkongresse alle zwei Jahre abgehalten werden sollen. Das Informationsbureau des Internationalen Bergarbeiterverbandes soll weiter ausgebaut werden, und jederzeit über die Verhältnisse im Bergbau in den einzelnen der Internationale angeschlossenen Ländern ein klares Bild zu gewinnen. Nach Referaten des Belgiers Delaire und der Deutschen Schmidt und Husemann und nach eingehender Aussprache wurden Entschlüsse angenommen, in denen die allgemeine Durchführung der Arbeitslosenversicherung unter Anteilnahme von Staat, Unternehmern und Arbeitern, das gesetzliche Verbot der Untertagearbeit von Frauen und Jugendlichen unter 16 Jahren und die gesetzliche Festlegung der Siebenstundenschieft einschließlich der Ein- und Ausfahrt in allen Ländern gefordert werden.

## Kammerkrach in Italien.

### Vertrauensvotum für Facta.

Rom, 9. August. (M.B.) In der Kammer betonte Ministerpräsident Facta in einer kurzen Regierungserklärung: Da das Kabinett dieselbe politische und parlamentarische Zusammensetzung aufweise wie das vorhergehende, bleibe auch sein Programm das gleiche. Das Budget müsse mehr ins Gleichgewicht gebracht werden. In bezug auf die kontinentale Politik liege das einzige Problem darin, daß man unumgänglich an das Wohlergehen eines Staates denken könne, wenn seine Nachbarn sich in sehr unsicheren Verhältnissen befänden, mit der Gefahr einer unheilvollen Krise. Italien werde sich von diesen Gesichtspunkten in London leiten lassen. Was die innere Politik betreffe, so habe die belagerte Lösung des politischen Lebens die heftige Reaktion verursacht, die jüngst das Land in Unruhe versetzt habe. Aber niemand könne sich an die Stelle des Staates setzen, der allein das Recht habe, einzuschreiten. Die Maßnahmen der Regierung würden unentwegt dieses Ziel verfolgen. Niemand könne sich darüber beklagen, daß die Aufrechterhaltung der Ordnung der Armee anvertraut werde. Zum Schluß bat der Ministerpräsident, der Regierung das Vertrauen auszusprechen. (Anhaltender Beifall.)

## Tumulte und Zwischenfälle.

Rom, 10. August. (M.B.) Bei der Diskussion der Regierungserklärung kam es zu Tumulten und Zwischenfällen, als der kommunistische Abgeordnete Repassi den Generalfreik überherrschte. Er warf der sozialistischen Partei vor, sie habe nicht überall zum Erfolge des Streiks beigetragen, wie es die Kommunisten gewünscht hätten. Der Generalfreik allein habe nicht genügt, sondern er hätte mit einem unmittelbar bewaffneten Kampfe des Proletariats bis zu Ende geführt werden können. Die faschistischen Abgeordneten erhoben sich bei diesen Worten und riefen: „Das ist eine Verherrlichung des Verbrechens. Wir lassen ihn nicht weiterreden.“ Der Präsident versuchte vergeblich, dem Lärm ein Ende zu machen. Blüthig griff der faschistische Abgeordnete Giunta in die Tasche und rief: „Wenn es nötig ist, haben wir auch Revolver!“ Andere faschistische Abgeordnete umringten Giunta und versuchten ihn zu beruhigen. Als die Lage immer gespannter wurde, und die gegenseitigen Drohungen zunahmen,

hob der Präsident die Sitzung auf. Die erregten Abgeordneten machten in der Zwischenzeit sich heftige Borwürfe. Der Faschist Arpinazzi näherte sich mit dem Re-

volver in der Hand dem kommunistischen Sprecher, gab aber auf Aufforderung des Quästors seine Waffe ab. Als der kommunistische Repassi nach Wiedereröffnung der Sitzung seine Rede fortsetzen wollte, brach ein neuer Sturm der Fascisten los. Ministerpräsident Facta verteidigte sich gegen den Vorwurf, daß er nicht gegen die Ausführung des kommunistischen Protests erhoben habe; er habe sie nicht gehört, sonst hätte er sofort erklärt, daß der Generalfreik dem Lande zum Schaden gereiche und bestraft werden müßte. Zum Schluß der Sitzung brachten die Fascisten ein Hoch auf Italien aus und ließen Drohungen gegen Mussolini aus. Nach der Kammer Sitzung kam es in den Wandelgängen des Monte Citorio zu einem neuen Zwischenfall. Der Faschist Giunta bestätigte einem Journalisten gegenüber, daß er gedroht habe, selbst in der Kammer zum Revolver zu greifen. Hierauf wandte sich der Faschist gegen den Reformsozialisten Canepa aus Genua und verlebte ihm eine Ohrfeige, weil er gewagt habe zu sagen, er, Giunta, habe in Flume mitgekämpft. Canepa versuchte sich zur Wehr zu setzen, wurde aber von anderen Abgeordneten zurückgehalten, die gegen den Angreifer andrängten.

## Das Vertrauensvotum.

Rom, 10. August. (M.B.) Die Kammer nahm in namentlicher Abstimmung mit 247 gegen 121 Stimmen eine Tagesordnung, in der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird, an.

Rom, 10. August. (M.B.) Die Fascisten haben ihren Redner beauftragt, von der Regierung die sofortige Entlassung der Eisenbahner zu verlangen, die an dem Generalfreik teilgenommen haben.

Urlaub des preussischen Innenministers. Der preussische Minister des Innern Seering verläßt seit längerer Zeit an einem hartnäckigen Bronchialkatarrh und dadurch hervorgerufenen Schlaflosigkeit. Er wird zu seiner Wiederherstellung einen Kurort aufsuchen und von Sonnabend, den 12. August, bis Mitte September nicht im Amte sein.

## Wirtschaft

### Devisenkurse.

Die amtliche Kursstabelle gibt an, wieviel Mark man aufwenden muß, um die in der ersten Spalte genannte Einheit der auf das bezeichnete Land lautenden Währung zu erwerben.

	10. August		9. August	
	Käufer- (Gold-) Kurs	Verkäufer- (Devisen-) Kurs	Käufer- (Gold-) Kurs	Verkäufer- (Devisen-) Kurs
100 holländische Gulden . . .	83108.10	33541.90	30262.10	30387.90
1 argentinischer Papier-Peso . . .	310.85	311.85	280.12 1/2	280.87 1/2
100 belgische Frank . . .	6511.80	6538.20	5992.60	6007.60
100 norwegische Kronen . . .	14881.35	14918.65	18833.30	19366.70
100 dänische Kronen . . .	18901.70	18948.30	18034.15	16695.85
100 schwedische Kronen . . .	22711.75	22938.25	20124.80	20175.20
100 finnische Mark . . .	1502.70	1507.30	1707.55	1712.45
1 japanischer Yen . . .	899.50	400.50	874.50	875.50
100 italienische Lire . . .	8920.05	8920.05	8573.00	8582.00
1 Pfund Sterling . . .	3555.15	3584.85	3465.65	3474.35
1 Dollar . . .	866.41	868.59	779.02	780.98
100 französische Frank . . .	6966.25	6983.75	6352.05	6367.95
1 brasilianischer Rireis . . .	117.85	118.15	100.88	107.14
100 Schweizer Frank . . .	16779.00	16821.00	14981.25	15018.75
100 spanische Pesetas . . .	13888.00	13917.00	12909.70	12940.30
100 österr. Kronen (abgezt.) . . .	1.50 1/2	1.54 1/2	1.50 1/2	1.54 1/2
100 tschechische Kronen . . .	2167.25	2172.75	1962.60	1967.60
100 ungarische Kronen . . .	60.92	61.06	52.03	53.07
100 bulgarische Lewas . . .	484.25	485.65	462.40	463.60

100 Polenmark galten etwa 12 M.

Leuerung und Baugewerbe. Durch die gewaltige Verteuerung der Rohstoffe wird bereits das Baugewerbe in Mitleidenschaft gezogen, obwohl doch alles andere als ein Ueberfluß an Bauten vorhanden ist. „Angesichts der gewaltigen Preissteigerungen werden,“ so berichtet die „Bauwelt“, „viele Bauaufträge zurückgezogen. Die Folge davon ist, daß sich die Nachfrage nach Baustoffen vermindert. Selbst große Industrieunternehmen erklären, daß sie die Fortführung der Bauten infolge der Leuerung nicht befürworten können und lassen die Arbeiter nur insoweit fortsetzen, wie es zur Erhaltung des Baues notwendig ist. Aus Hamburg wird gemeldet, daß die Auffokung von Baugewerksbänden aufgegeben worden ist. Damit tun sie das Beste, was auch der Staat und die Gemeinden tun, sie beschränken sich im besten Fall auf die Fortführung und Fertigstellung bereits seit längerer Zeit begonnener Bauten und schieben die Ausführung von Bauten, die jetzt noch hergestellt werden sollten, auf eine gelegeneren Zeit. — Eine Auerkennung und ein Zeichen der Zeit sind Angebote von Steinen, die aus bereits angefangenen Bauten herausgebrochen werden, deren Fertigstellung der plötzliche Preisanstieg verhindert hat. Diese schon einmal verwendeten Steine sind zwar nicht viel billiger als neue, weil der Verkäufer sich noch den Maurerlohn berechnen muß und zu einer an sich sehr bedauerlichen Forderung von werdenden Unterunternehmern nur einschließt, wenn der Preis ihm einen Anreiz zu einem solchen Vorgehen bietet. Für den Käufer haben solche Angebote den Vorteil, daß er mit festen Preisen rechnen kann, während er, wenn er ab Werk kauft, sich mit gleitenden Preisen einverstanden erklären muß. — Aus diesen Darlegungen des Hochpreises geht hervor, daß die Verteuerung der Baustoffe in erster Linie an der Erhöhung im Baugewerbe die Schuld trägt. Das Gerede von den „zu hohen“ Bauarbeiterlöhnen wird dadurch Lügen gestreift. Die Lage des Baumarktes erfordert im Hinblick auf die noch immer bestehende Wohnungnot die größte Aufmerksamkeit der zuständigen Stellen. Ein Einschreiten gegen den Baustoffmangel erscheint unerlässlich.

Getreidepreise. Im Großhandel stellten sich nach dem Marktbericht von Wehr. Gatte Butter auf 145 M. erste, 130—135 M. zweite Qualität je Pfund; Margarine auf 90—101 M.; Schmalz auf 114—125 M. je Pfund je nach Qualität.

145 fache Zölle! Für die Zeit vom 16. August bis einschließlich 22. August beträgt das Goldzollaufgeld bei der Entrichtung von Zöllen 14 400 v. H.

Zusammenstoß in der Berliner Metallindustrie. Die Metallwarenfabrik Voer & Stein, von deren Aktien sie in den Händen der Hirsch Kupfer- und Messingwerke bereits Bestände befinden, teilt mit, daß sie zur Erweiterung ihres Bestandes 6 Millionen Mark neues Aktienkapital aufnehmen will in der Absicht, das Messingwerk Reinholdsdorf von der letzteren Gesellschaft zu erwerben. Da diese 6 Millionen Mark neue Aktien ganz in den Besitz der Hirsch Kupfer- und Messingwerke übergehen dürften, was allein eine Zweidrittelmehrheit des Aktienkapitals der Voer & Stein K.G. bedeutet, kommt die Transaktion einem gänzlichen Zusammenstoß dieser beiden Unternehmen gleich, nur daß von der Metallwarenfabrik die Firma und der eigene Geschäftsbetrieb übrig bleibt.

Erhöhung der Gummipreise. Der Verein deutscher Gummireifenfabriken hat beschlossen, angesichts der Entwertung der Mark und der Verschärfung der dauernd wachsenden Besteuerung der Preise für die Erzeugnisse seiner Mitglieder ab 11. August wie folgt zu erhöhen: Fahrradreifen werden um 50 Proz., Autoreifen, Motorradreifen und Motorreifen sowie Reifenzubehör um 35 Proz. erhöht.

# Gewerkschaftsbewegung

## Zur Verbandstagswahl im DGB.

Man schreibt uns aus Eisenbahnerkreisen:  
Der Verbandstag, der am 11. September in München beginnt, ist von überordentlichem gewerkschaftlichen Interesse. Einmal, weil gerade der Richtungsstreit im DGB sehr scharf in Erscheinung tritt, was den Hauptvorstand wiederholt zu besonderen Maßnahmen veranlaßt, und der Verbandstag die Richtlinien für die künftige Politik und Taktik der Verbandsleitung festzulegen haben wird, und zweitens, weil von der Erledigung der überaus wichtigen Tagesordnung die fernere Entwicklung der erst während des Krieges ins Leben gerufenen Organisation abhängen wird. Infolge der großen wirtschaftlichen Bedeutung der Eisenbahnen kann es den übrigen Gewerkschaften sowohl wie der Allgemeinheit gar nicht einerlei sein, nach welcher Richtung sich der Deutsche Eisenbahnerverband entwickelt: ob die auf dem Boden der positiven und praktischen Gewerkschaftsarbeit ruhende, den demokratischen Staat anerkennende Amsterdamer Richtung die Führung der Organisation behält, oder die programmatisch alles niederreichenden Diktatoren Moskauer die Bedensader unserer Volkswirtschaft, den Verkehr, in die Hand bekommen sollen. Das erstere bedeutet planmäßigen,

### Zielbewußten Kampf

im Millionenbunde der freien Gewerkschaften bis zur Verwirklichung unserer Forderungen und Ideale, das letztere Zerstörung unserer gewerkschaftlichen Macht, Zerrüttung und Stilllegung des Wirtschaftslebens und als letzte Folge der Anwendung der Leitsätze über die Grundaufgaben der kommunistischen Internationale den Bürgerkrieg und den Krieg, den wir alle hassen.

Schon seit Monaten weist der sogenannte Reichsindustriegruppenleiter in Berlin, Rosenhallerstraße, in zahlreichen Rundschreiben auf die große Bedeutung des Verbandstages hin und fordert die kommunistischen Eisenbahner auf, alle Vorarbeiten zu treffen, um durch die Wahl der Delegierten zum Verbandstag entscheidenden Einfluß auf die künftige Politik des Verbandes zu gewinnen. Die Tagung in München müsse zu einem Großkampflap werden. Daß die Zentrale der RPD, auf den Verbandstag der Eisenbahner die größten Hoffnungen setzt, geht besonders aus ihrem Rundschreiben Nr. 23 vom 7. Juni d. J. hervor, in welchem auf die Herausgabe einer besonderen Flugchrift, die Abhaltung von Bezirkskonferenzen und, weil scheinbar

### der Kugel immer spärlicher rollt,

auch auf den Vertrieb von Kampffondsmarken hingewiesen wird. Wer die Entwicklung und den Stand des DGB kennt und seine Einwirkung auf die Gestaltung der Arbeits-, Lohn- und Gehaltsverhältnisse seiner Mitstreiter zu würdigen weiß, der wird sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß die Organisation der Eisenbahner insbesondere seit dem Dresdener Verbandstag eine bedeutende Festigung erfahren und sich in organisatorischer sowie in wirtschaftlicher Hinsicht zu einem Machtfaktor entwickelt hat, der im Kampfe der deutschen Arbeiterklasse mit dem Kapital von ausschlaggebender Bedeutung ist. Von dieser Erkenntnis ist die große Masse der Mitglieder erfüllt.

Die Erfolge in der Abwehr der höheren Beamtgehälter, die Hebung der Bezüge der unteren Beamten und Arbeiter und zum Teil über die Durchschnittslinie der Einkommen der Gesamtarbeiterschaft hinaus, sind der intensiven Interessenvertretung der Verbandsleitung zu danken. Wenn die Löhne und Gehälter hinter der Preisentwicklung zurückgeblieben sind, was nicht nur bei den Eisenbahnern, sondern auch in den übrigen Gewerkschaften der Fall ist, so wird ein vernünftiger Mensch dafür einzelne Personen nicht verantwortlich machen wollen. Wenn man

### mit Phrasen, Resolutionen und Verunglimpfungen

von Organisationsvertretern die wirtschaftliche Notlage der Mitglieder beseitigen könnte, dann hätte sich das radikale Maulheldentum schon die größten Verdienste um die deutsche Arbeiterschaft erworben. Leider ist mit diesen untauglichen Mitteln noch keinem einzigen Arbeiter zu einem besseren Leben, wohl aber Tausenden zu Gefährnis und zum Tode verholfen worden. Möge daher jeder, der die Bedeutung der Wahl zu erfassen vermag, seine gewerkschaftliche Pflicht erfüllen.

Darum, Kollegen! Auf zur Wahl am 13. August. Die Kandidaten der Amsterdamer Richtung sind: Beyer, Paul, Werkhoffer, Bonhoff, Max, Schöffer; Hahn, Paul, Lukenauffeher; Jaser, Fritz, Angestellter; Klein, Max, Maschinenufer; Puhle, Hermann, Zugführer; Schüler, Karl, Rangierer; Szepinski, Alfred, Schmied; Beefer, Johann, Angestellter.

Die „Rote Fahne“ beschäftigt sich in ihrer gestrigen Abendausgabe mit unserem Artikel in der Dienstagabendausgabe, den auch die „Freiheit“ gebracht hat. Auf die erneuten Vorwürfe, die Verbandsleitung habe den Ausbau der Industrieorganisation vernachlässigt, braucht nicht mehr eingegangen zu werden. Aber auch der Vorwurf wird wiederholt, der Hauptvorstand des DGB habe das Goslarer Protokoll unterzeichnet und es „virtuell“ gestiftet. Zum Beweise für

seine Behauptung bringt das Kommuniqué ein Zitat aus dem Verbandsorgan des DGB, das folgenden Satz bezüglich einer geteilten Arbeitszeit der Bahnunterhaltungsarbeiter enthält:

„Wir erlauben nun die Kollegen, dort, wo es die örtlichen und dienstlichen Verhältnisse gestatten, keine Schwierigkeiten zu machen, damit wir der Eisenbahnverwaltung zeigen, daß wir als freie Gewerkschaft verstehen, eine Vereinbarung zu halten, auch dann, wenn sie unangenehm wird.“

Der zitierte Satz ist richtig. Es handelte sich jedoch nicht um das Goslarer Protokoll, sondern um den Tarifvertrag, der als Vereinbarung natürlich einzuhalten ist.

Es bleibt also bei dem Vorwurf der vollkommenen Unwahrheit, die der Redakteur des „R. G.“, Herr Ottomar Gschke, geübt hat und die durch ihre Wiederholung in der „Roten Fahne“ nur noch unterstrichen wird.

### Die Lohnbewegung in der Berliner Metallindustrie.

Nachdem die Versammlung der Funktionäre der Berliner Metallindustrie das Metalltarifbeurteilungsgremium, erneut in Verhandlungen zu treten, traten die Arbeitnehmer an den Verband Berliner Metallindustrieller heran, um erneut mit ihm über die August-Löhne zu verhandeln.

Die Unternehmer lehnten eine weitere Verhandlung von Organisation zu Organisation ab. Sie lehnten auch anfänglich ab, vor einem Schiedsgericht zu erscheinen. Daraufhin nahm die Organisation am Montag eine Abstimmung in den Betrieben vor. Das Abstimmungsergebnis ist bisher wie folgt: Abgegebene Stimmen 95 814, annehmende 81 117, ablehnende 63 148, ungültige 1548. Abgestimmt haben 310 Betriebe, 194 Betriebe haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

Auf Grund dieses Ergebnisses trat der DGB, erneut an das Reichs-Arbeitsministerium heran mit dem Ersuchen, ein Schiedsgericht einzusetzen. Das Schiedsgericht tagte gestern unter dem Vorsitz der Herren Staatssekretär a. D. Grzesinski, Dr. Bodenstein und Dr. Platon. Nach annähernd vierstündiger Verhandlung gab der Vorsitzende ohne Begründung folgenden Spruch bekannt:

„Das unter dem 1. August 1922 durch Verhandlungen der Tarifparteien zustande gekommene Ergebnis über die Neufassung des Teiles III des Tarifvertrages vom 4. Mai 1921 entspricht nach Ansicht des Schlichtungsausschusses dem, was nach dem inzwischen bekannt gewordenen Reichs-Index damals billig war.“

Beide Parteien werden verpflichtet, bis Dienstag mittag 12 Uhr mitzuteilen, ob sie sich mit dem abgegebenen Spruch einverstanden erklären oder nicht.

Es findet nun heute eine Funktionärerversammlung statt, worüber das Nähere aus der Ankündigung im Anzeigenteil ersichtlich ist. Es wird ersucht, daß die Kollegen des Metalltarifbeurteilungsausschusses sich um 8 Uhr im selben Lokal einfinden.

### Lohnbewegung im Chemikalien-Großhandel.

Von dem Schlichtungsausschuh Groß-Verlin gefällten Schieds-spruch lehnten die Arbeitgeber des chemischen Großhandels ab. Erst nach abermaliger, vom Groß-Berliner Arbeitgeberverband des Großhandels erbetener Verhandlung vor dem Demobilisationskommissionar erklärte sich die Verhandlungskommission der Arbeitgeber bereit, den Schiedspruch anzuerkennen. Auch die Versammlung der Arbeitnehmer stimmte diesem zu, erwartete aber, daß bis spätestens Freitag, den 11. August, Anweisung zur Auszahlung der neuen Lohnsätze erfolgt.

Für die Branche Verhandlungsmittel fällt der Schlichtungsausschuh ebenfalls einen Schiedspruch, nach dem die bisher ungünstigen Lohnsätze in der ersten Woche des August um 40 Proz., der 2. und 3. Woche um 50 Proz., und der 4. Woche um 55 Proz. erhöht werden sollen. Die Verhandlungskommission der Arbeitgeber lehnte auch hier diesen Schiedspruch ab. Die Arbeiterschaft nahm zu diesem Schiedspruch Stellung und ist willens, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln die Anerkennung des Schiedspruchs durchzusetzen. Sie erwartet, daß bis zum Freitag die Zustimmung seitens der Arbeitgeber noch erfolgt, andernfalls ist damit zu rechnen, daß die Arbeiterschaft ihren Willen in die Tat umsetzt. Die beschlußfassende Versammlung findet für beide Gruppen am Freitag, abends 5 $\frac{1}{2}$  Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Lufer 24/25, Saal 4, statt.

### Der Schiedspruch für den Einzelhandel abgelehnt.

Die Handelsbillsarbeiter, die im Deutschen Transportarbeiter-Verband organisiert sind, nahmen am Dienstag im großen Saal des Gewerkschaftshauses Stellung zu dem vom Schlichtungsausschuh gefällten Schiedspruch, welcher eine Erhöhung auf die Juli-Löhne von zirka 45 Proz. für August brachte. Die Versammelten lehnten den Schiedspruch ab. Sie beauftragten die Organisationsleitung, nochmals mit der Einzelhandelsgemeinschaft in Verhandlung zu treten. Am Montag wird in einer Mitgliederversammlung die endgültige Entscheidung fallen.

### Abstimmung in der Damenwäsche- und Schürzenbranche.

Eine Versammlung der kaufmännischen Angestellten am 9. August in den „Arminfüßen“ nahm zu dem Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Stellung.

Dieser Schiedspruch bringt den Angestellten für den Monat Juli einen Aufschlag von 33 $\frac{1}{2}$  Proz. auf das Juni-Tarifgehalt, während die Arbeitgeber vorher nur 25 Proz. bewilligen wollten. In der außerordentlich lebhaften Diskussion waren sich alle Redner darüber einig, daß durch diesen Schiedspruch die eingetretene Teuerung nur zum Teil herabgemindert ist.

Es wurde beschlossen, eine geheime Abstimmung über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs in den Betrieben vorzunehmen. Das Ergebnis ist spätestens bis heute abend 7 Uhr dem Verbandsbureau des Zentralverbandes der Angestellten, Kommandantenstr. 63/64, mitzuteilen.

### Zerfall des Deutschen Beamtenbundes.

Wie der BS-Korresp. von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist in nächster Zeit der Austritt des 75 000 Mitglieder zählenden Reichsverbandes der Polizeibeamten aus dem Deutschen Beamtenbund zu erwarten. Die Polizeibeamten stehen auf dem Standpunkt, daß der Deutsche Beamtenbund in seiner jetzigen Beschaffenheit keine genügende Vertretung gegenüber den Behörden darstellt und daß deshalb eine eigene Vertretung der Polizeibeamten notwendig wird. Ein Anschluß an eine andere Epigenorganisation komme nicht in Frage.

Den Handelsbillsarbeitern des Textilgroßhandels wurden für den Monat August Zulagen von 60 bis 65 Proz. gewährt, den Handelsbillsarbeitern der Lederwirtschaft solche von 55 bis zirka 68 Proz. Die Tarifverträge sind im Bureau des Deutschen Transportarbeiterverbandes, Engel-Lufer 24/25 — Gewerkschaftshaus — 2 Tr., Zimmer 31, gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches erhältlich.

Die Sperre über die Brauerei Friedrichshain ist vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, Zweigverein Berlin, wieder aufgehoben worden.

Die Lohnbewegung der Kinovorführer in den Konzerntheatern brachte auf dem Verhandlungswege für die Zeit vom 1. bis 15. August ein Wochenlohn von 1850 M., vom 16. bis 31. August 2000 M. und vom 1. bis 15. September 2150 M.

In den Aufsichtsrat der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen zu Berlin sind folgende Arbeitnehmer gewählt: für die Angestellten der Sekretär Wilhelm Siehl; für die Arbeiter der Zugführer Ernst Ramm.

Ein Landarbeiterstreik im Kreise Delitzsch ist auf mehreren Gütern ausgebrochen. Nach der T. U. soll der Bewegung „politischer Natur“ (?) sein. Die Technische Rothilfe ist eingelegt.

Im Posener Landarbeiterstreik ist auch der zweite Versuch des Arbeitsministers, zwischen den Parteien zu vermitteln, erfolglos geblieben. Auch der Vorschlag der Regierung, einen Schiedspruch herbeizuführen, findet bei den Unternehmern keinen Anklang. Zu was hat man Militär? Der Streik wird durch Militär unterdrückt. Soldaten, Studenten und „Pfadfinder“, was braucht man da noch Einigung?

Der Typographische Verband Bulgariens, dem auch unsere Kollegen angehören, sieht vor einer Lohnbewegung. Die bulgarischen Arbeiter bemühen sich, ausländische Arbeitskräfte, namentlich von Deutschland, der Tschecho-Slowakei und Oesterreich zu engagieren. Wir warnen vor jeder Stellungsannahme nach Bulgarien. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck ersucht.

Verband der Sattler, Tapeziere und Vorlehnler. Sitzung, Kollontseifeld- und Postseifenhandlung, Berlin, Freitag, 7 Uhr, bei Becker, Weberstr. 17, Branchenversammlung.

Zentralverband der Schuhmacher. Sitzung, Freitag, abends 6 $\frac{1}{2}$  Uhr, Branchenversammlung der friedrichshäuslichen Modishausmode bei Wille, Scholtzenstr. 39.

Verband der Buchbinder und Papierarbeiter. Kthum, Wappens- und Solantriebbranche: Freitag 7 Uhr bei Becker, Weberstr. 17, Branchenversammlung gemeinsam mit den Sattlern und Vorlehnern. Bericht von den Tarifverhandlungen in Frankfurt a. M. Vollständiges Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen erwartet die Branchenleitung.

Deutscher Transportarbeiterverband. Gruppe Journalisten: Sonnabend 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engel-Lufer 24/25, Saal 1, Versammlung. Bericht über die letzten Lohnverhandlungen. — Kollontseifeld, Bodenarbeiter usw.: Sonntag 1 $\frac{1}{2}$  Uhr bei Becker, Weberstr. 17, Vollerversammlung. Bericht der Tarifberatungskommission. Mitgliedsbuch legitimiert.

Bericht: für den redakt. Zeit: Franz Mühs, Berlin-Nichtersdorf; für Anzeigen: Th. Gluck, Berlin. Verlag Horwats-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Horwats-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Hans Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2, Stern 1 Stellung.

**Stoffe** für Herren- u. Damen-Bekleidung  
beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf meterweise  
**Koch & Seeland** G. m. H.  
Gertraudenstraße 20-21.

